

## Inhaltsverzeichnis



Nein zur 11. AHV-Revision

### Olivenöl aus Palästina

Ein Beitrag zur Linderung der Not palästinensischer Kleinbauern.

#### Zu beziehen bei ...

Doku-Zug, St. Oswaldsgasse 16, Zug. 041 726 81 81 / info@doku-zug.ch



- 3 **Editorial**  
Alternative Bewegung
- 4 **Abstimmung 16. Mai**  
Steuerpaket:  
Annahme verweigern
- 6 **Nationalrat**  
Rechtsrutsch führt  
zu Linksruck
- 9 **Buch**  
«Denket um!»
- 10 **Öl-Reserven**  
Das Tabu des  
Fördermaximums
- 12 **Stadtplanung**  
Sündenfall Postplatz
- 14 **Gesellschaft**  
Der tödliche Druck (Teil 1)
- 16 **Interkulturelle Kompetenz**  
Welche Integration,  
für wen und wofür?
- 18 **Kantonaler Richtplan**  
Wachstum um jeden Preis
- 21 **Kantonsrat**  
Erfolg für das Velo
- 22 **Regierungsrat**  
Waffen, Armee und  
Wakeboards
- 23 **Mietrecht**  
Der Mythos vom Volk  
der Mieter
- 24 **Mitgliederumfrage**  
«Kompetent, sachlich, grad-  
linig»
- 25 **Serviceteil**  
Buch  
Frontal  
Veranstaltungen  
In eigener Sache  
Impressum

# Alternative Bewegung

*Interessante Sachen sind in Bewegung. Bewegung verunsichert zwar manchmal, aber sie sorgt für Spannung.*

*Wer gerne wandert weiss: Der Weg selbst ist das Interessante. Die Politik ist auch ein Weg. Kennen Sie Asterix und Obelix? Die machten auch eine Art Politik. Man lacht gerne über die armen Römer, die durch die Luft fliegen. Wir Alternativen von Zug wählen etwas differenziertere Möglichkeiten, um uns Gehör zu verschaffen. Zum Beispiel publizieren wir dieses BULLETIN. Es ist das Sprachrohr des sozialen, umweltbewussten, friedensbewegten und Gleichberechtigung suchenden Zug.*

*Sie finden in dieser Nummer einen weiteren Bericht von Nationalrat Josef Lang. Er ist in unserem Auftrag in Bern. Das nimmt er ernst und wird in jeder Nummer des Bulletins über das Aktuellste berichten. Ich kann mir vorstellen, dass er manchmal Lust hat, von gewissen Leuten nur noch die Sandalen zu sehen.*

*In «Die grosse Odyssee» suchen Asterix und Obelix verzweifelt nach Öl, als scheinbar unersetzbare Zutat für den Zaubertrank. Dass Erdöl zu finden künftig immer schwieriger wird, zeigt auch der Artikel auf Seite 10: Die Ressource Erdöl versiegt. Miraculix fand glücklicherweise eine alternative Zutat - auch unsere Energieversorgung sollte auf alternative Energie bauen.*

*Stress kennen unsere beiden Helden nicht, ausser eben der Zaubertrank ist ausgegangen. Wenn Sie zurzeit keinen*

*Stress haben, dann wäre etwas dazu zu erfahren auf Seite 14. Politik stresst oft auch, besonders wenn etwas zu langsam geht. Aber da liegen auch die Vorteile unseres politischen Systems: Nicht einer bestimmt, sondern viele werden beteiligt.*

*Theoretisch auch beim kantonalen Richtplan (Seite 18). In vielen Arbeitsgruppen und Gremien wird etwas erarbeitet. Leider verschlimmbesserte der Kantonsrat den Richtplan-Kompromiss.*

*Bei den Galliern reichte es, dass genug Wildschweine auf dem Tisch lagen um sie in Feststimmung zu bringen. Um bei uns eine Steuer- und AHV-Reform durchzubringen, reicht es nicht, gebratene Wildschweine zu versprechen. Das Schweizer Volk wird Mündigkeit beweisen, wie beim Avanti-Bschiss. Siehe Seite 4.*

*Wer stark sein will, muss zusammenarbeiten. Das machen uns die beiden Gallier vor. Es gibt Themen, die uns alle angehen. Da muss nicht jeder das Rad neu erfinden. Deshalb arbeiten VertreterInnen der alternativen Grup-*



**Andreas Kuhn, Präsident Herausgeberverein «BULLETIN des Alternativen Zug».**

*pen des Kantons Zug intensiv daran, wie man in Zukunft zusammenarbeiten könnte.*

*Wir freuen uns sehr, dass die Redaktion des Bulletins durch eine Redaktorinnen, einen Redaktoren sowie durch eine Fotografin ergänzt werden konnte. Sie arbeiten natürlich gratis. Auch Asterix genügte das Lob seiner Landsleute. Fast wenigstens. Ein Nachtesen gehört schon noch dazu.*

*Neue Zeiten für das Bulletin auch in World Wide Web: [www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch) wird demnächst aufgeschaltet. Herzlichen Dank für die ebenfalls gratis geleistete Arbeit!*

*Sie sehen also, der Abo-Beitrag wird vor allem für die Druck- und Versandkosten ausgegeben. Wer am BULLETIN mitarbeitet, weiss, dass sie und er ein Stück am politischen Weg arbeitet. Damit wir in Bewegung bleiben, damit es spannend bleibt. Und damit wir nicht unterwegs sind in die falsche Richtung. Oder zumindest nicht ohne laut gewarnt zu haben.*

*Uns fehlt eben doch der Zaubertrank. Aber das ist vielleicht gut so.*

# Steuerpaket: Annahme verweigern

**Zum ersten Mal in der Geschichte der Schweiz kam ein Kantonsreferendum gegen eine Gesetzesvorlage des Bundesparlaments zustande. 11 Kantone und 19 Kantonsregierungen kämpfen gegen Leistungsabbau in den Kantonen und Gemeinden**

**Philipp Bischof, BULLETIN-Redaktor  
Karikatur «Gib'8»**

Bei den drei Vorlagen, die am 16. Mai zur Abstimmung gelangen, wird es wieder zu einer klassischen Links-Rechts-Auseinandersetzung kommen. Neben der Mehrwertsteuererhöhung für die AHV/IV und der 11. AHV-Revision steht das von bürgerlicher Seite her initiierte Steuerpaket im Zentrum, nachdem zum ersten Mal in der Geschichte der Schweiz das Kantonsreferendum zustande gekommen ist. 11 Kantone und 19 Kantonsregierungen unterstützen das Referendum und kämpfen gegen Leistungsabbau in den Kantonen und Gemeinden, einen verfassungswidrigen Eingriff des Bundes in die Steuerhoheit der Kantone und Gemeinden sowie eine steuerliche Privilegierung der Wohneigentümer. Unter dem Vorwand, Familien zu entlasten, Eigentum zu fördern und die Schweizer Wirtschaft zu stärken, müssen Kantone und Gemeinden bei Annahme des Sparpakets mit massiven Steuerausfällen rechnen (gut 4,4 Milliarden). Die Folgen sind Steuererhöhungen in Kantonen und Gemeinden oder ein staatlicher Leistungsabbau, womit sich das Steuerpaket als Steuer-Eigengoal entpuppt.

## **Erstmals ein Kantonsreferendum**

Während die drei bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP sowie die beiden grossen Wirtschaftsverbände economie-suisse und der Schweizerische Arbeitge-

berverband für das Steuerpaket eintreten, kämpft die Linke geschlossen gegen die Vorlage. Sie steigt zusammen mit 11 Referendumskantonen (Basel-Stadt, Bern, Glarus, Graubünden, Jura, Obwalden, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, Waadt und Wallis) und neunzehn Kantonsregierungen gegen das 2001 vom Parlament verabschiedete Steuerpaket in den Abstimmungskampf, welches in krassem Widerspruch zu den laufenden Sanierungsbemühungen zahlreicher kantonaler Finanzhaushalte steht. Erstmals in der bald 130-jährigen Geschichte des Kantonsreferendums haben die Kantone deshalb von diesem verfassungsrechtlich garantierten Mittel Gebrauch gemacht, um auf die gravierenden Auswirkungen des ungerechten Steuerpakets aufmerksam zu machen.

## **Massive Steuerausfälle und Leistungsabbau**

Die Steuerausfälle der Kantone und Gemeinden fallen bei Annahme des Pakets mit insgesamt über 2,5 Milliarden Franken pro Jahr massiv aus. Zug würde beispielsweise jährlich rund 40 Mio. Franken verlieren, Zürich 465 Mio. Franken, Bern 337 Mio. Franken und Basel-Stadt zirka 150 Mio. Franken. Die Steuersenkungen wird in den meisten Kantonen, Städten und Gemeinden in verschiedenen Bereichen zu einem markanten Leistungsabbau führen: weniger Verbilligungen für Krankenkassenprämien, Mehrbelastungen der Familien in der kantonalen Gesetzgebung sowie Einsparungen im Bildungswesen, im öffentlichen Verkehr und im Umweltschutz. Die gezielte Verknappung der Steuereinnahmen verhindert also die soziale und ökologische Umverteilungs- und Ausgleichsfunktion des Staates. Es ist anzunehmen, dass verschiedene Gemeinden die Auswirkungen des Steuerpakets finanziell nicht verkraften können und somit gezwungen sind, wichti-

ge soziale Angebote zu kürzen oder zu streichen. Die Kantone werden bei Annahme des Steuerpakets gezwungen, die Auswirkungen auf kantonaler Ebene abzufedern. Leistungskürzungen dürften die Rentenanpassungen, das Asyl- und Flüchtlingswesen, die lokale Gesundheitsversorgung, die Landwirtschaft und die kollektiven IV-Anstalten betreffen.

## **Bundeseinmischung in Kantone und Gemeinden**

Mit dem Steuerpaket wird die verfassungsmässig zugesicherte Handlungsautonomie der Kantone in der Steuerpolitik massiv eingeschränkt. Diese Einmischung des Bundes, ohne Kenntnis der jeweiligen kantonalen Finanzsituation, verträgt sich in keiner Weise mit der klaren Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Bund macht mit dem Steuerpaket kantonale und kommunale Steuerpolitik, was verfassungsmässig nicht seine Aufgabe ist. Mit dem Frontalangriff auf die Steuerhoheit werden Kantonen und Gemeinden verschiedene Kürzungsmassnahmen aufgezwungen, welche



vor allem Personen mit tiefen Einkommen treffen. Per Bundesdekret werden den Kantonen Abzüge bei der Familienbesteuerung und bei den Krankenkassenprämien und vor allem der Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung aufgezwungen, was den Kantonen allein über eine Milliarde Franken Steuerausfälle verursacht. Den Befürwortern, allen voran die SVP, geht es klar darum, den Kantonen eine Sparpolitik zulasten der wirtschaftlich Schwächeren aufzuerlegen.

#### Unfaire Wohneigentumsbesteuerung

Schon 1999 haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die mit der Initiative «Wohneigentum für alle» des Hauseigentümergebietes (HEV) geforderten Steuergeschenke an Hausbesitzer klar verworfen. Mit dem Steuerpaket kommen diese alten Forderungen wieder auf den Tisch: der Eigenmietwert soll abgeschafft werden, doch können weiterhin Teile der Schuldzinsen abgezogen werden. Dieser Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung wirft grundsätzlich die Frage der Steuergerechtigkeit auf. Das ange-

strebte Modell privilegiert die Wohneigentümer gegenüber den Mieterinnen und Mietern in einer unakzeptablen Weise. Zudem wird die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen ignoriert, was ebenso unfair wie verfassungswidrig ist.

#### Hastiger Ausgleich der kalten Progression

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 8. März 2004 verkündet, in einem vorgezogenen Eilverfahren den Ausgleich der kalten Progression durchzusetzen. Mit dem Ausgleich der kalten Progression will der Bundesrat somit dem Steuerpaket ein weiteres Element anhängen. Die Änderung eines Bundesgesetzes, über welches das Volk in wenigen Wochen abstimmen wird, ist aber eine krasse Verletzung demokratischer Rechte. Dass es sich bei der Botschaft um eine überhastete und rechtlich ungenügend abgeklärte Vorlage handelt, zeigt sich unter anderem bei den Auswirkungen für hohe Einkommen. Mit dem vorgezogenen Ausgleich der kalten Progression werden diese nochmals über-

proportional entlastet. Die daraus resultierenden Einnahmeausfälle (alleine Zug verliert weitere 3,5 Millionen) müssen folglich entweder durch weitere Leistungskürzungen, durch eine Erhöhung der indirekten Steuern und Abgaben oder durch höhere Kantons- und Gemeindesteuern ausgeglichen werden. Solche Sparmassnahmen treffen bekanntlich tiefe und mittlere Einkommenskategorien am meisten. Das Vorgehen des Bundesrats ist also äusserst fraglich und dient nicht seiner Glaubwürdigkeit.

#### Ein Steuer-Eigengol und eine Mogelpackung

Die mit dem Steuerpaket versprochenen Steuerentlastungen gehen voll zu Lasten der Kantone und Gemeinden und wirken sich für wenige Steuerzahler positiv aus. Bürgerliche Parteien und Schweizer Wirtschaftsverbände versuchen krampfhaft, das Steuerpaket als guten Kompromiss anzupreisen, der den Mittelstand entlasten soll. Das Resultat wird aber sein, dass aufgrund des Steuerpakets in verschiedenen Kantonen Steuerensenkungen nicht realisiert werden können. Zudem müssen notwendige Leistungen der öffentlichen Hand abgebaut werden. Folglich ist das Steuerpaket wegen den daraus resultierenden Steuererhöhungen in Kantonen und Gemeinden oder dem Abbau staatlicher Leistungen keine Entlastung, sondern eine Belastung für den Mittelstand. Auch bei den versprochenen Entlastungen der Familien hält das Steuerpaket nicht, was es verspricht. Die massive Erhöhung der Kinder- und Betreuungsabzüge kommt aufgrund der Progression überwiegend den einkommensstärksten Haushalten zugute. Eine spürbare Entlastung der Familien mit kleinen und mittleren Einkommen findet also kaum statt. Nur ein Nein zum Steuerpaket verhindert dieses Steuer-Eigengol. ■

# Rechtsrutsch führt zu Linksruck

**Der rechte Männerrutsch im Bundesrat hat die CVP desorientiert, die FDP deroutiert und die linken Geister gegen die tonangebende SVP geweckt.**

**Josef Lang, Nationalrat Alternative  
Bild Ruth Wyss**

Seit dem Rechtsrutsch bei den Bundesratswahlen geht durch das rotgrüne Drittel der Bevölkerung ein Ruck. Erster Ausdruck davon waren die hauptsächlich von Frauen getragenen Demonstrationen vor Weihnachten. Auch der sehr aktive Abstimmungskampf gegen den Avanti-Bschiss sowie das deutliche Nein zur Mietgesetz-Revision waren Reaktionen auf den Triumph der Rechten sowie den rechten Triumphalismus. Allerdings waren die linken Kräfte, vor allem die grünen und alternativen, bereits gestärkt aus den Nationalrats-Wahlen herausgekommen. Auch in den liberalen und christlichsozialen Teilen der bürgerlichen Mehrheit hat der rechte Männerrutsch zu einer Distanzierung vom Bundesrat geführt. Der innerbürgerliche Dissens ist stark von den Frauen geprägt. Ein Beispiel ist die starke Opposition unter den CVP-Frauen gegen die 11. AHV-Revision. Die politische Mitte in diesem Land wird – abgesehen von ein paar welschen Männern – fast ausschliesslich von Frauen besetzt.

## **Linke Abstimmungserfolge**

Diese doppelte Absetzbewegung vom neuen Bundesrat findet seinen Ausdruck auch im Nationalrat. Die Linke tritt mit jenem Selbstbewusstsein auf, das sie in den letzten Jahren stark vermissen liess. Und weil die CVP nach dem Verlust ihres Bundesratssitzes die in den letzten Jahren entwickelte Nibelungentreue zum Bürgerblock gelockert hat, findet die Linke sogar in Schlüsselfragen hie und da Mehrheiten. Das wich-

tigste Beispiel ist die unsoziale Revision des Krankenversicherungsgesetzes, die von der Linken bekämpft und von der CVP-Mehrheit am Schluss im Stich gelassen wurde. Damit erlitt vor allem der Rechtsfreisinn eine schwere Niederlage. Weitere Beispiele sind das von SVP und FDP bekämpfte Eintreten zum Radio- und Fernsehgesetz (März) oder die Annahme der Armenienresolution (Dezember). Bei der Anerkennung des jungtürkischen Völkermords an Armenierinnen und Armeniern ging es wesentlich um die Frage: «Was ist wichtiger, der Profit oder die Ethik?»

Allerdings sind solche Erfolge nur möglich, wenn die Linke geschlossen ist. Bei der anderen Abstimmung, in der es um eine ähnliche Frage ging, der um die Sistierung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel, enthielten sich vier SP-Mitglieder demonstrativ der Stimme und fehlten neun weitere bei der Abstimmung. Da reichten auch die liberalen Freisinnigen und die zahlreichen CVP-Stimmen nicht, um eine Mehrheit zu bekommen. (Siehe das Votum auf Seite 8.)

Geschlossen traten die Bürgerlichen auf, als es im Zusammenhang mit der kalten Progression ums Steuerpaket ging. Selbst der Protest der Kantone, die allesamt mehrheitlich in bürgerlichen Händen sind, vermochte den Bürgerblock nicht aufzuweichen. SVP, FDP und CVP machen aus der Privilegierung der Privilegierten eine Glaubensfrage. Um so wichtiger ist es, dass ihr Steuerpaket am 16. Mai nicht nur die Limmat, sondern auch die Aare, den Rhein, die Rhone, die Reuss und die Lorange hinab geschickt wird.

## **Desorientierte CVP**

Sollte das passieren, wird sich vor allem die Krise der CVP verschärfen, was wiederum die Chancen der Linken in den parlamentarischen Abstimmungen erhöht. Allerdings wäre es falsch, die Pro-

bleme der CVP nur als Folgen der Debakel vom 19. Oktober und vom 10. Dezember zu betrachten. Die CVP hat ihre Chance, zu einer überkonfessionellen Partei zu werden, vor Jahrzehnten verpasst. Und zwar nicht erst in den 1970er Jahren, wo sie dank dem Frauenstimmrecht (das sie am längsten bekämpft hatte) und nach der Namensänderung von Katholisch-Konservativ zu Christdemokratisch einen kurzen Aufschwung erleben konnte. Sie hat sie nach dem Zweiten Weltkrieg verpasst, weil sie – im Unterschied zu anderen katholischen Parteien in Europa – nicht durchs antifaschistische Fegefeuer musste. Sie blieb bis in die 1960-er Jahre ebenso reaktionär und konfessionalistisch, wie sie es in der Zwischenkriegszeit gewesen war.

## **Etter noch rechter als Blocher**

Dass beispielsweise ein Philipp Etter, der bedeutend rechter als ein Blocher gewesen war, nach dem Krieg trotz seiner Anpasserhaltung an Nazis und Faschisten Bundesrat bleiben durfte, zeigt, wie verschlossen und lernunfähig die helvetischen Katholisch-Konservativen (KK) gewesen sind. Dafür zahlen ihre Nachfolger heute einen hohen Preis. Die während zwei Jahrzehnten heimatlos gewesenen KK-WählerInnen wechseln in Scharen zu einer SVP, die bis 1991 noch protestantischer gewesen ist als die CVP katholisch. Reformierte wählen entweder nationalkonservativ, freisinnig oder linksgrün, aber schwerlich CVP.

Trotz dem Wegbrechen des nationalkonservativen Flügels bleibt die CVP innerlich äusserst gespalten. Besonders deutlich zeigt das ein Vergleich zwischen der nationalrätlichen CVP-Fraktion, in der etliche Abgeordnete relativ häufig mit uns Linken stimmen, und der Zuger CVP, die sich gesamtschweizerisch am rechten Rand der Christdemokratie bewegt. Die Frage ist, wie lange sich diejenigen hiesigen CVP-Mitglie-

**Gegen 30 interessierte ZugerInnen und Zuger nahmen die Gelegenheit war und besuchten Jo Lang am 11. März während der Session. Hier vor der Sicherheitsschleuse.**



der, die dem nationalen Kurs näher stehen als dem kantonalen, disziplinieren lassen, beispielsweise im Kantonsrat.

### Deroutierte FDP

Während die CVP orientierungslos ist, ist die FDP bloss deroutiert. Sie weiss zwar ungefähr, wohin sie will, liess sich aber von der SVP in den Strassengraben drängen. Und jetzt, wo es gilt, den Karren gemeinsam aus dem Dreck zu ziehen, melden sich jene zu Wort, die schon immer ihre Vorbehalte hatten, sich auf ein Blochen mit der SVP einzulassen. Angesichts dieser Situation dürfte sich in der FDP der Schweiger-Kurs durchsetzen: Bei der materiellen Hardware knallhart, bei der kulturellen Software softer (solange sie nichts kostet). Zur Hardware gehören die Finanz-, Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, zur Software die Legalisierung von Cannabis, die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, die Frauenförderung, der politische Stil. Allerdings kann auch ein Rolf Schweiger nicht verhindern, dass sozialliberal Gesinnte vermehrt sozialdemokratisch, grün und alternativ wählen werden, wie das beispielsweise im Kanton Zug im letzten Herbst passiert ist. Und wer unter liberal nur noch wirtschaftsliberal versteht, wird kaum von der SVP zur FDP zurückkehren.

### Vom Linksruck zum Linksrutsch

Die Probleme von CVP und FDP, deren Mehrheiten die SVP für ihre rechtsbürgerliche Politik braucht und die Stärkung der Linken bedeuten keine Neutralisierung des Rechtsrutsches. Was sich im Bundesrat geändert hat, zeigt sich deutlich beim Steuergeschenkpaket. Während das alte Gremium zu diesem auf Distanz gegangen war, wird es vom neuen Gremium offensiv vertreten. Ein anderes Beispiel ist das von Ruth Metz-

ler vorgeschlagene Waffengesetz, das von ihrem Nachfolger, Christoph Blocher zur Unkenntlichkeit zerzaust werden dürfte. Die Sparpolitik auf dem Buckel der unteren und mittleren Einkommen und die Steuergeschenke zugunsten der hohen Einkommen und der Unternehmensprofite werden selbst nach dem zu erwartenden Nein am 16. Mai weiter gezogen. Was die innere Sicherheit betrifft, droht ein Abbau der Freiheitsrechte und ein Ausbau der Überwachung.

Die Verallgemeinerung und Durchsetzung des bundesrätlichen Rechtsrutsches lässt sich nur verhindern, wenn es uns gelingt, den Linksruck in einen gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Linksrutsch zu verwandeln. Dazu ist es nötig, dass sich ebenso viele Leute gegen das Steuergeschenkpaket und gegen die 11. AHV-Revision einsetzen, wie sich gegen die Avanti-Vorlage engagiert haben. Dazu ist es weiter nötig, dass die erstarkte Linke im Nationalrat am forscheren Kurs, den sie in letzter Zeit eingeschlagen hat, festhält. Ich werde mein Bestes dafür tun.

### Die März-Session

**1. März:** Jo Lang reicht eine Interpellation gegen die Militarisierung der Inneren Sicherheit ein. Sie richtet sich wesentlich gegen die Übernahme polizeilicher Aufgaben durch das Militär. In Anspielung auf frühere todbringende Armeeeinsätze steht in der Begründung: «Wie gefährlich es ist, Soldaten, erst recht junge Durchdiener, in innere Einsätze zu

schicken, zeigt nicht zuletzt die Geschichte unseres Landes.» Die Interpellation wird von mehr als einem Drittel aller Ratsmitglieder unterzeichnet, unter anderem vom Freiburger CVP-Stadtpäsidenten Christoph de Buman oder vom Zürcher Freisinnigen Filippo Leutenegger.

**2. März:** Im Zusammenhang mit dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission kritisiert Jo Lang die Waffenexporte in Länder wie Botswana, wo die durchschnittliche Lebenserwartung 32 Jahre beträgt, wie in die USA trotz des Irakkrieges oder nach Saudiarabien, «wo noch heute Frauen wegen Ehebruchs gesteinigt und demokratische Bewegungen verfolgt werden.»

Im Rahmen der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes setzt sich Jo Lang – leider erfolglos – dafür ein, dass es zwischen Redaktion und Werbung am Fernsehen und im Radio eine klarere Trennung gibt. Als Beispiel bringt er Bernhard Russi, «der als kompetenter Kommentator über schweizerische Skifahrer unangenehme Wahrheiten erzählt und in den Werbepausen über japanische Autos angenehme Lügen verbreitet». Die Medien reden am folgenden Tag von der «Lex Russi».

**4. März:** Ebenso wenig Erfolg hat Jo Lang mit seinem Votum für mediale Vielfalt gegen «berlusconische Monopole» und «eintöpfigen Konzernjournalismus».

**8. März:** Als einziger Mann reicht Jo Lang eine Frage zum Frauentag ein. Sein Thema ist die männliche Gewalt gegen Frauen. Bundesrat Couchepin verspricht, mehr Sensibilisierungsarbeit zu leisten.

**9. März:** Jo Lang macht sich als Sprecher der Grünen Fraktion mit Erfolg stark dafür, dass ein bundesrätliches Abkommen zwischen der USA und der Schweiz zur Terrorbekämpfung vor das Parlament kommt.

**15. März:** Im Zusammenhang mit dem Ausgleich der kalten Progression im Rahmen des Steuerpakets kritisiert Jo Lang das bundesrätliche Vorgehen gegenüber den Kantonen als verfassungswidrig.

**17. März:** Als Sprecher der Grünen Fraktion unterstützt Jo Lang das Postulat der Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission, die militärische Zusammenarbeit mit Israel so lange zu sistieren, wie Is-

rael sich um das humanitäre Völkerrecht focht. Das Postulat wird vor allem von der Rechten bekämpft, die offensichtlich ihre alte Judenfeindlichkeit mit neuer Israelfreundlichkeit kompensiert und jene durch Araberfeindlichkeit ersetzt hat. Weil die Linke zu wenig geschlossen ist, wird der Vorstoss abgelehnt.

**18. März:** Jo Lang reicht eine Interpellation zur zeitlichen Unvereinbarkeit von Studium und RS ein. Deren Verlängerung auf 21 Wochen hat die vorausgesagten Nachteile. Der von Bildungspolitikerinnen und -politikern aus allen Fraktionen mitunterzeichnete Vorstoss kritisiert auch die konsequente Gesprächsverweigerung des VBS und der

Armee gegenüber den Hochschulen und Universitäten.

Nicht erwähnt wird hier die Arbeit in den Kommissionen, denen Jo Lang angehört, und zwar in der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) und in der Begnadigungs- und Rehabilitationskommission. In dieser geht es beispielsweise um all die Flüchtlingshelferinnen und -helfer, die im Zweiten Weltkrieg dafür bestraft wurden, dass sie Verfolgten das Leben gerettet haben.

Neu findet sich auf der Webseite der SGA ([www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch)) ein Dossier «Bundeshaus», welches laufend aktuell die Aktivitäten unseres Nationalrates dokumentiert. ■

## Militärische Zusammenarbeit mit Israel

*Intervention von Josef Lang am 17. März*

«Die Grünen unterstützen das APK-Postulat gegen Rüstungszusammenarbeit Schweiz-Israel. Denn die intensive militärische Kooperation mit Israel widerspricht auch dem Geist des Genfer Abkommens.

Der Bundesrat hat wiederholt in Aussicht gestellt, dass der Umfang des militärisch-technischen Austausches mit Israel minimiert wird. Es gebe keine Forschungszusammenarbeit zwischen schweizerischen und israelischen Rüstungsunternehmen. Und es seien keine Rüstungsbeschaffungen absehbar, die Israel direkt betreffen. Verschiedene Fakten widersprechen diesen Beteuerungen.

Trotz der angekündigten Reduktion und Zurückstufung der Visiten schweizerischer Militärdelegationen in Israel finden sie weiterhin statt. Nach dem Be-

such von helvetischen Armeeangehörigen der Abteilung Logistik im Mai 2003 hat eine hochrangige Delegation unter der Führung von Divisionär Jakob Baumann, Chef Planung der Armee, im November 2003 Israel erneut bereist. Der Delegation gehörten Vertreter der Bodentruppen, der Luftwaffe und der Armatusse an.

Für 2004 hat Divisionär Faustus Furrer, der schon die Delegation vom Mai 2003 angeführt hatte, General Udi Adam, Chef Logistik der israelischen Armee, zu einem Besuch in der Schweiz eingeladen.

Von besonders wenig Fingerspitzengefühl zeugt es, wenn die Schweizer Armee in der Negev-Wüste Test- und Überprüfungsschiessen durchführt. Diese Gegend wird vorwiegend von Beduinen bewohnt. Und diese leben in ständiger Angst, von israelischen Sicherheitskräften enteignet und vertrieben zu werden.

Ferner beteuerte der Bundesrat in seiner Antwort auf ein Postulat der SP-Fraktion vom Juli 2002, dass keine Forschungszusammenarbeit zwischen der Ruag und israelischen bzw. jordani-

schen Firmen bestehe. Dies entspricht nicht den Tatsachen. In ihrer Ausgabe vom 20. Februar 2003 publizierte die Zeitschrift «Facts» einen Bericht, wonach die Ruag zusammen mit der Israel Aircraft Industries (IAI) weiter an Forschungsprojekten, namentlich an der Weiterentwicklung der Drohne, arbeitet.

Ein israelischer Mitarbeiter ist dabei auf dem Flugplatz Emmen stationiert. Bei der Drohne handelt es sich um ein hochmodernes, unbemanntes Aufklärungsflugzeug, welches die israelische Armee für die Vorbereitung aussergerichtlicher Hinrichtungen mutmasslicher Terroristen verwendet. Solche aussergerichtlichen Hinrichtungen widersprechen dem humanitären Völkerrecht. (...)

Am letzten Samstag hat an der Frühjahrstagung der Militärakademie an der ETH Zürich der deutsche Orient-Spezialist Udo Steinbach den Israel-Palästina-Konflikt als eine der Triebfedern des islamistischen Terrorismus bezeichnet. Solange wir mit einer der beiden Konfliktparteien militärisch kooperieren, machen wir uns selber zu einem Teil des Problems. (...)

# «Denket um!»

Der frühere Generalsekretär der deutschen CDU, Heiner Geissler, kommentiert die Folgen des Kapitalismus, den Irak-Krieg, Intoleranz und Feigheit in der Politik scharf.

Michel Mortier, BULLETIN-Redaktor

«Der Mensch ist ein Sozialwesen. Er kann ohne anderen Menschen nicht leben. Sogar Hans-Olaf Henkel, früherer Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und berühmter Sozialabbauspezialist, hat sich nach seiner Geburt nicht selbst gefüttert, sondern war auf die Mitwirkung anderer Menschen angewiesen, um überleben zu können. So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.»

Das schreibt kein Linker, sondern der frühere Generalsekretär der deutschen CDU, Heiner Geissler. In einem modernen Industriestaat wie Deutschland zeigt sich für Geissler die von Jesus gepredigte Nächstenliebe «nicht mehr allein in Lazaretten und warmen Suppen. ... Auch soziale Sicherungssysteme (sind) nötig, Absicherung der Lebensrisiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und ein soziales Arbeitsrecht mit Kündigungsschutz.»

## Die Parallelen zur heutigen Zeit

Ausgehend von einer knappen jedoch fundierten Beschreibung der historischen, religiösen und politischen Situation in Palästina zur Zeit Jesu, deutet Geissler die Worte Christi als eine revolutionäre politische Botschaft. Er zieht Parallelen zur Gegenwart, indem er unter anderem den Irak-Krieg, den Islam, die Folgen des Kapitalismus, Kinderarbeit und Prostitution, die Stellung der Frauen, das Kirchenasyl, Intoleranz und Feigheit in der Politik und die demokra-

## Heiner Geißler Was würde Jesus heute sagen?

Die politische Botschaft des Evangeliums



rowohlt  
BERLIN

tischen Verfassungen scharf und bissig kommentiert.

Man wird sich nicht mit allen Aussagen Geisslers einverstanden erklären können, wohl aber mit seiner Antwort auf die Frage, die er als Titel seines Buches stellt: Die Scheinheiligkeit in der Gesellschaft – und insbesondere in der Politik – ist noch immer die gleiche wie vor zweitausend Jahren.

## Das Umdenken

Somit ist die vielleicht bedeutendste Stelle im Buch jene, wo uns Geissler bei der Beschreibung der Reaktion Jesu auf die Verhaftung seines Veters, Johannes dem Täufer, auf einen Übersetzungsfehler aus dem Griechischen aufmerksam macht: Den Menschen, die in grossen Scharen zu ihm an den Jordan gekommen waren, ruft Jesus zu: Metanoete!

Dieses Wort wurde mit «tuet Busse» übersetzt (Mt 4,17). Geissler zeigt, dass dieses Wort absichtlich und folgen-

## Heiner Geissler

Heiner Geissler, Jahrgang 1930, ist ein promovierter Jurist und Mitglied des Jesuitenordens. Zahlreiche sozialpolitische Neuerungen wie die Einführung von Sozialstationen, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung, Reform des Kriegsdienst-Verweigerungsrechtes sowie das erste Kindergarten-, Krankenhausreform- und Sportförderungsgesetz wurden von ihm durchgesetzt.

Ein lautstarker Gegner des Irak-Kriegs, kämpft er noch heute für die Menschenrechte und für die humanitäre Hilfe in Krisengebieten. Er galt als einen der besten Redner im deutschen Parlament.

schwer falsch übersetzt wurde, denn in Wirklichkeit bedeutet es etwas ganz anderes: Metanoete entstammt dem griechischen Verb noein = denken und die Präposition meta heisst «um» oder «nach». Was Jesus also den Leuten zurief war «Denket um!»

Das war der Kern der politischen Botschaft: Nutzt eure Denkfähigkeit, um euch von der Heuchelei und der Manipulation durch andere zu befreien. Jesus wusste, dass skrupellose Menschen ihre Machtposition errichten, indem sie ihren Mitmenschen die «Erbsünde» einreden oder sie überzeugen, dass bestimmte «Feinde» an allem Schuld sind.

Würde Jesus uns heute das Gleiche zurufen? Vermutlich schon, aber wesentlich härter formuliert: Hört doch endlich damit auf, eure Intelligenz euren Instinkten zu unterwerfen. ■

*Heiner Geissler: Was würde Jesus heute sagen? Die politische Botschaft des Evangeliums. Rowohlt Verlag GmbH, Berlin, 2003. 155 Seiten. Fr. 29.-*

# Das Tabu des Fördermaximums

Zwischen der öffentlichen Wahrnehmung und den tatsächlichen Fakten bezüglich der Reservesituation des Öls besteht eine erhebliche Diskrepanz. In der Öffentlichkeit wird in den kommenden Jahrzehnten nicht mit einem Versorgungsengpass gerechnet. In den kommenden Jahren werden wir aber die Hälfte des insgesamt vorhandenen Öls verbraucht haben, und mit dem Erreichen des Fördermaximums steht uns ein grosser Strukturbruch bevor.

**Bernhard Piller, Geschäftsleitung Schweizerische Energiestiftung SES  
Karikatur Burki, Grafik TA, Bild SES**

In Fachkreisen wird zwischen konventionellem und unkonventionellem Öl unterschieden. 95 Prozent des bisher geförderten Öls gehören zum konventionellen, welches künstlichen Bohrlöchern entströmt und mit Hilfe von Druck und Wasser gefördert wird. Als unkonventionelles Öl wird hingegen Öl bezeichnet, das aus Ölschiefer und Ölsanden gewonnen wird sowie Öl aus der Tiefsee und Polaröl. Die Ölindustrie setzt ihre ganze Hoffnung auf das unkonventionelle Öl. Die Schweizerische Erdöl-Vereinigung berichtet in ihrem Jahresbericht 2002 stolz über die Auf-

nahme der kanadischen Ölsande in die konventionellen Reserven, womit die Reichweite um gut sechs Jahre erhöht werde. Was Ökonomen aber geflissentlich unterschlagen, sind die weitaus höheren Produktionskosten des unkonventionellen Öls. Sie argumentieren, dass es sich, wenn der Ölpreis ansteigen werde, schon rechnen werde. Nach allen gängigen Szenarien steigt die Produktion des unkonventionellen Öls heute aber wesentlich langsamer als die konventionelle Ölproduktion dereinst zurückgehen wird.

## Wieviel Öl gibt es überhaupt?

Die insgesamt förderbare Menge konventionellen Öls liegt heute je nach Quellenangabe bei 1800 bis 2200 Gb. Davon wurden schon gut 900 Gb gefördert und verbraucht. Heute sind weltweit 43 000 Ölfelder bekannt. Die 400 grössten Ölfelder enthalten mehr als 75 Prozent von allem bisher gefundenen Öl und die meisten dieser grossen Felder wurden vor mehr als 30 Jahren entdeckt, das weltweit grösste 1948.

Mengenmässig wurde das meiste Öl in den 1960-er Jahren gefunden. Seit zirka 20 Jahren übersteigt die jährliche Produktion die Neufunde von Erdöl (vgl. Grafik unten). Meist entpuppen sich neue angeblich grosse Neufunde im Vergleich zu wirklich grossen Funden vor 50 Jahren als Eingeständnis, dass man schon froh über kleine Funde ist. Die

## Konventionelles Erdöl: Zahlen

Masseinheit: 1 Gb (Gigabarrel) = 1 Milliarde Barrel

**Bisherige Förderung:** 900 Gb

**Bekannte Reserven:** 857 Gb

**Fundprognosen:** 143 Gb

**Förderbare Menge Öl:** 1900 Gb

**Jahresproduktion:** ca. 27 Gb

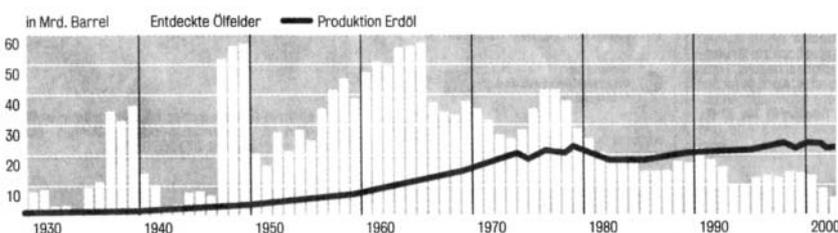
*Quelle: Campbell, 2002 (Zahlen auf Ende 2003 hochgerechnet)*

grösste Menge des noch zu Entdeckenden wird in immer kleiner werdenden Feldern der bestehenden produktiven Becken gefunden werden. Das eine oder andere Ölvorkommen wird wohl unentdeckt bleiben, weil es ökonomisch schlicht unrentabel ist, das letzte kleine Ölfeld noch zu finden.

## Der Zahlenstreit

Bekannte offizielle Quellen von Statistiken sind das «Oil & Gas Journal» und das «Statistical Review of World Energy» von British Petroleum (BP). Die veröffentlichten Zahlen beruhen aber in Wirklichkeit eher auf Schätzungen, die bei staatlichen und privaten Ölfirmen abgefragt werden.

Gemäss Colin J. Campbell, Geologe und danach jahrzehntelang in leitender Position bei grossen Ölfirmen tätig, sind aber diese so genannten Industriedatenbanken die verlässlichste Quelle zu den Erdöl-Reserven. Hierbei handelt es sich um eine von Explorateuren der Ölindustrie aufgebaute Datenbank, begründet 1956 von Henry Wassall. Zwei Charakteristika unterscheiden die Industriedatenbanken wesentlich von den offiziellen Reserveangaben. Bei den Industriedatenbanken wird die abschätzbare Grösse eines Feldes mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent und nicht mit der «sicher nachgewiesenen» Reser-



Es wird mehr Erdöl verbraucht, als neu entdeckt.

ve angegeben. Zudem werden nachträgliche Korrekturen an der Grösse eines Ölfeldes auf das Jahr der Entdeckung des Ölfeldes zurückdatiert und nicht wie in öffentlichen Statistiken dem Jahr der Höherbewertung. Sie werden somit fälschlicherweise als Neuentdeckung deklariert.

### Die Manipulation der Erdöl-Statistiken

Ein zentrales Problem der genauen Abschätzung der Reserven liegt in der Taktik der Firmen und Regierungen. Wird ein Gebiet neu zur Exploration geöffnet, gibt der Explorateur nach einem Fund in der Regel aus diversen internen und externen Gründen den höchst möglichen Ausbeutungsfaktor des gefundenen Feldes an. Schliesslich sollen ja Investoren gefunden werden.

Geht es dann darum, zu entscheiden, ob ein Ölfeld kommerziell erschlossen werden kann oder nicht, müssen die notwendigen Investitionen ins Verhältnis zu den erwartbaren Erträgen gesetzt werden. Nun wird die Reserve auf Neue, dieses Mal unter konservativen Annahmen bewertet. Gerade in der Frühphase der Erdölförderung war das gängige Praxis, um bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung auf der sicheren Seite zu sein. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt Korrekturen an den angegebenen Reserven vorgenommen werden, wird oft mit dem Einsatz neuer Technologien argumentiert, was aber nur ein vorgeschobener Grund ist.

Viele Regierungen betreiben in Bezug auf ihre offiziellen Reserveschätzungen noch zusätzliche, politisch motivierte Informationsverfälschung. Die OPEC-Länder beispielsweise haben, um ihre Quoten zu erhöhen, nicht selten ihre Angaben übertrieben. Zudem ging es bei den plötzlichen Reserve-Korrekturen vieler OPEC-Länder in der zweiten Hälfte der 1980-er Jahre auch darum, geerbte Untertreibungen zu korrigieren. Vor

den Enteignungen hatten die Ölmultis nämlich oftmals bei den Reserveangaben untertrieben, um die Abgaben an das Gastland zu minimieren.

### Der wundersame Anstieg der Erdöl-Reserven

Die in den offiziellen jährlichen Statistiken ausgewiesene Reservelage basiert auf zwei Faktoren. Zum einen werden die in einem Jahr tatsächlich gemachten Neufunde als Erweiterung der Reserven bewertet. Zum anderen werden bei den bereits in Produktion stehenden Feldern die insgesamt zu erwartenden Ölmen gen gemäss dem Produktionsfortschritt ständig höher bewertet. Diese strategischen Neubewertungen in den vergangenen Jahrzehnten führten zur wunderbaren Tatsache, dass trotz ständig steigendem Verbrauch die nachgewiesenen



Erdöl-Hauptverbraucher ist der Verkehr.



Bald vor leeren Tanks: die Ressource Erdöl versiegt.

Reserven scheinbar ständig steigen. Diese offiziellen Zahlen weichen oft deutlich von den internen, firmeneigenen Schätzungen ab, was die Zahlen der erwähnten Industriedatenbanken, auf die sich Campbell bezieht, deutlich zum Ausdruck bringen.

Von Seiten der Ölindustrie unterliegt die Kommunikation von grösseren Reserven einem ganz natürlichen finanziellen Interesse. Würden sie ein nahendes Fördermaximum eingestehen, hätte

### Schweizerische Energie-Stiftung

Seit bald 30 Jahren kämpft die SES für den Ausstieg aus der verantwortungslosen und anachronistischen Atomwirtschaft. Unser Ziel ist eine nachhaltige Energiepolitik, die sich an einer sparsamen Verwendung von Energie, der Nutzung erneuerbarer Energiequellen und einer dezentralen Energieversorgung ausrichtet. Der momentane Schwerpunkt der SES ist auf die gedankenlosen Nutzung der fossilen Energieträger und die damit verbundenen Probleme wie unter anderem Klimaveränderung, Endlichkeit der Ressourcen, Menschenrechtsverletzungen bei der Förderung fokussiert.

Mehr unter [www.energiestiftung.ch](http://www.energiestiftung.ch)

das Folgen auf den Konsum. Die Ölbranche als Ganzes wäre in Frage gestellt und die Konsumentinnen und Konsumenten fühlten sich eventuell zum Sparen veranlasst, was wiederum einen geringeren Umsatz der Ölfirmen zur Folge hätte und somit schlecht für die «Shareholder» wäre.

Beide Seiten, die erdölproduzierenden Länder wie auch die Industriestaaten hören es nicht gerne, dass es in absehbarer Zeit Probleme geben könnte, genügend Öl zu fördern. Sie tun solche

### **Erdöl-Fachtagung: Der Streit um die Reserve-Prognosen**

**Tagungsort:** Zürich, Technopark

**Datum:** Fr, 14. Mai 2004, 9.00 bis 17.00

Schwindende Erdöl-Reserven und der Streit um die Prognosen. Wann erreichen wir das Fördermaximum? Welches sind die negativen Implikationen von Förderung, Transport und Nutzung von Erdöl.

Anwesend sind Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen. Inhalt der Tagung ist die Endlichkeit der Ressource Erdöl und die Folgen der bedenkenlosen Nutzung. Die Diskussion und der Kampf der Akteure um die schwindenden Reserven werden an Schärfe massiv zunehmen. Es geht um Verteilungskämpfe und Ressourcensicherung, wer bekommt wieviel und wer leidet darunter. Im Weiteren sollen die Zusammenhänge zwischen Ressourcenverschwendung, Klimaveränderung, Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen aufgezeigt werden.

Weitere Informationen unter  
[www.energiestiftung.ch](http://www.energiestiftung.ch)

Anmeldungen bitte an  
[info@energiestiftung.ch](mailto:info@energiestiftung.ch)

«Kassandrarufer» als Hiobsbotschaften ab und verdrängen sie.

### **Das Erdöl-Fördermaximum ist bald erreicht**

Wer von einer Verknappung des Öls redet, muss sich schnell einmal anhören, dies sei schon oft vorhergesagt worden und dann sei doch nichts passiert. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf den Bericht «Die Grenzen des Wachstums» des Clubs of Rome verwiesen. Die Kernbotschaft von damals, dass bei unverändertem Konsumstil die Konsequenzen dementsprechend seien, hat aber nach wie vor ihre Gültigkeit. Der früher oder später unvermeidliche Strukturbruch wird einfach auf einem höheren Abhängigkeitsniveau erfolgen. Die Frage stellt sich nur, wie wir darauf vorbereitet sind!

Entscheidend für die anstehenden strukturellen Änderungen ist nicht die statische oder dynamische Reichweite der Reserven, sondern nur der Zeitpunkt, ab dem die Ölproduktion aus geologischen, technischen und ökonomischen Gründen nicht mehr weiter gesteigert werden kann. Dieser Zeitpunkt, an dem das so genannte Fördermaximum oder auch «Peak of Oil» erreicht sein wird, wird eine breite und dauerhafte Veränderung des Investitionsverhaltens in mögliche Alternativen der Energieversorgung auslösen und ist daher auch viel besser als Mass für Strukturbrüche geeignet, als das die Reichweite von Ölreserven ist. Campbell schätzt auf Basis der bekannten Zahlen und Statistiken zu den Erdöl-Reserven, dass das strukturell bedingte Produktionsmaximum von konventionellem Erdöl noch vor dem Jahr 2010 erreicht wird. Mit dem Fördermaximum wird der Rohölpreis in die Höhe schnellen und die anderen Treibstoffpreise mitziehen. Es wird dies der Zeitpunkt sein, ab dem wir in die letzte Ölkrise geraten. ■

# Sündenfall Po

**Dass die Zuger Innen- und Vorstadt mittelfristig verkehrsarm werden müsste, ist unbestritten. Nur so hat der Stadtkern als Einkaufs-, Freizeit- und Lebensraum eine Zukunft. Dazu braucht es aber kein neues Parkhaus unter dem Postplatz.**

**Urs E. Meier, Gemeinderat Alternative Fraktion, Zug  
Bild Machbarkeitsstudie Parkhaus**

Die Erreichbarkeit mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln ist für Attraktivität, Vitalität und Überlebensfähigkeit ebenso entscheidend wie das Wegbleiben des störenden Verkehrs.

Etlliche Studien sind zu den gleichen Erkenntnissen gelangt und in mehreren Dokumenten und Materialien zur Stadtplanung nachzulesen. Der Schluss ist immer derselbe: Parkierungsmöglichkeiten für den motorisierten privaten Verkehr (oder zumindest die Zu- und Wegfahrt) sind am Rande der zu erschliessenden Zone, niemals aber in ihrem Herzen anzusiedeln. Das vorliegende Projekt ist ein planerischer Sündenfall.

### **Vorgeschichte**

Die Idee eines Parkhauses östlich des Postplatzes, das Parkhaus Guggi unter dem gleichnamigen Hügel, ist schon älteren Datums. Es sah Eingänge sowohl von der Ägerstrasse wie auch von der Poststrasse vor (z.B. in den Achtzigern in «City Zug 2000» von J.P. Flachsmann, damals LdU.) Im «Leitbild 89 der Stadt Zug» wird auf Seite 66 festgehalten: «Das Auto ist rund 17 mal mehr «Stehzeug» als Fahrzeug.» Und weiter: «Es wird allgemein anerkannt, dass die Parkplatzsituation am Ziel für die Wahl des Verkehrsmittels mitbestimmend ist.»

Je grösser das Parkplatangebot, um so grösser der Anreiz, mit dem Auto hin zu

# stplatz

Mit diesem Foto von Lyon wird das Parkhaus schmackhaft gemacht. Verschwiegen wird, dass in Zug täglich 20 000 Autos den Postplatz überqueren.



fahren. Ein weiteres Ziel ist, Parkierungsmöglichkeiten am Rande der Innenstadt zu schaffen seien. Diese sollten nicht den Pendlern zur Verfügung stehen. In Gebieten mit gutem öffentlichen Verkehr sei die Anzahl der Parkplätze angemessen zu reduzieren. Interessant ist auch das auf Seite 64 genannte Ziel: «Teile des Strassennetzes in der Innenstadt zwischen Zugerbergstrasse und Gotthardstrasse sollen verkehrssarm sein.» Als mögliche Massnahmen werden ein Stadttunnel und der Anschluss des Berggebietes ohne Durchquerung des Stadtzentrums und ohne Beeinträchtigung der Quartiere Guthirt, Lüssi und Loreto genannt. Genau diese Ziele verfolgt bekanntlich die Idee des Minitunnels.

## Parkhäuser stehen leer

Eine FDP-Motion vom April 2002 betreffend die «Neugestaltung des Postplatzes inkl. Erweiterung des unterirdischen Parklatzangebots» haben wir im GGR unterstützt, da wir das Abklären aufgeworfener Fragen allemal gescheiter finden, als diese zu verdrängen. Die Antwort des Stadtrats kam im Dezember 2003 mit der Vorlage Nr. 1782 ungewohnt rasch. SP-Stadtrat und Bauchef Dolfi Müller, der sich selber schon «als Stadtrat der Mitte» bezeichnet hat, scheint den Anliegen der FDP mit besonderer Beflissenheit nachzukommen.

Im Zusammenhang mit dieser Motion wurde u. a. eine Machbarkeitsstudie erstellt (Schlussbericht 03.360, Nov. 2003). Diese bezieht auch die Auslastung der bestehenden Parkhäuser mit ein: «Die Auslastung der Parkhäuser deutet klar darauf hin, dass auch während der Spitzenauslastung kaum Parkplatzengepässe bestehen; angenommen die durch die Parkplatzsuchenden stark bevorzugten oberirdischen Parkplätze» (S. 4).

Die Studie zeigt also deutlich: ein Parkhaus an dieser Stelle sei machbar,

aber unnötig. Trotzdem wird ein Parkhaus unter dem unteren Postplatz mit 100 oder 150 Plätzen vorgeschlagen. Ein- und Ausfahrt kämen unmittelbar vor dem Eingang zum Regierungsgebäude zu liegen. Der Ex-Gemeinderat und Architekt Peter Kamm hat diesen Umstand als Killerkriterium für die angestrebte verkehrssarme Vorstadt und den unteren Postplatz bezeichnet. Im Gegenzug sollen heute bestehende und sehr begehrte 57 oberirdische Parkplätze aufgehoben werden. Nur in den Gassen südlich des Postplatzes blieben weiterhin 20 Plätze mit einer Parkdauer von 15, maximal 30 Minuten bestehen.

## Alternative Fraktion gegen Parkhaus

Der GGR befürwortet den Projektierungskredit für ein Parkhaus mit 150 Plätzen und die Umgestaltung des Postplatzes gegen die Stimmen aller Alternativen und wenigen anderen. Auch die SP-Fraktion war mehrheitlich dafür, obwohl sie kaum ein Jahr zuvor verkündete, dass selbst die FDP «nicht ernsthaft innerstädtischen Lebensraum predigen und gleichzeitig Parkplätze im Zentrum anstreben» könne. Die Haltung der AF im GGR war klar: Solange 20 000 Fahrzeuge täglich unseren Postplatz überqueren, ist es unredlich, von einem lebenswerten Platz und von Italianità zu schwafeln, wie Dolfi Müller es tut.

Anlässlich der Debatte zitierte ich liebevoll die FDP-Chefin Cornelia Stocker, die vor einem Jahr in ihrem Werben für die FDP-Motion sagte: «Dazu muss der Suchverkehr mindestens minimiert, wenn nicht sogar eliminiert werden.» Genau in diese Richtung zielte unser Antrag, sämtliche oberirdischen Parkplätze zwischen Postplatz und Kolinplatz seien bis auf Güterumschlagplätze aufzuheben, um den Suchverkehr zu eliminieren. Es ist allzu menschlich, den einzigen oberirdischen Parkplatz zu ergattern zu versuchen. Wenn wir jedoch wissen, dass

es nichts zu finden gibt, vermeiden wir diese unnötige Fahrerei. Der Antrag wurde mit 10 zu 25 Stimmen abgelehnt ...

Unser Antrag, dass ein allfälliges Parkhaus im Umfeld des Postplatzes die Option auf verkehrssarme Zonen im Bereich unterer Postplatz und Vorstadt in keiner Weise schmälern dürfe, wurde gegen 8 Ja-Stimmen abgelehnt.

## Neugestaltung ohne Parkhaus

Es ist unredlich, mindestens aber unüberlegt, einerseits von einer verkehrssarmen Innenstadt zu reden und andererseits ein Parkhaus so zu planen, dass mit Sicherheit zusätzlichen Verkehr in die Innenstadt bringt. Dolfi Müller argumentiert, dass die eigentliche Todsünde mit dem Bau des Parkhauses Vorstadt der ZKB ja schon längst begangen wurde und auf ein bisschen weiter südlich käme es auch nicht mehr an. Wenn längst bestehende, von ihm als Fehler bezeichnete Anlagen als Berechtigung und Relativierungsgrund für die geplante wirklich ganz grosse Dummheit herhalten sollen, ist Vorsicht geboten.

Zur gleichzeitig vorgeschlagenen Änderung des Verkehrsregimes in der Innenstadt, welches vor allem den Postplatz betrifft, sind wir selbstverständlich der Meinung, dass alle Fragen in diesem Zusammenhange gründlich abzuklären seien. Insbesondere interessiert uns dabei auch die Verbindung von oberem und unterem Postplatz für Fussgänger und Velos. In den vorliegenden Unterlagen werden diese beiden Gattungen der Verkehrsteilnehmer stiefmütterlich behandelt. Wir fragten den Stadtrat, ob er bereit sei, diese notwendigen Verbindungen im Rahmen der Planung mit dem nötigen Nachdruck anzustreben. Auf das Resultat sind wir gespannt. ■

Mehr zum ganzen Problemkreis, mit entsprechenden Voten im GGR und Leserbrief, auf [www.ggr.ch](http://www.ggr.ch)

# Der tödliche Druck – Teil 1

**Vor 27 Jahren schrieb der deutsche Biochemiker und Fachmann für Umweltfragen, Frederic Vester, dass ohne einer Änderung der Priorität von Heilung auf Vorbeugung sich die Gesamtkosten vervielfachen und das deutsche Wirtschaftssystem unter den Folgen zusammenbrechen würde.**

**Michel Mortier, Biochemiker, Zug Bilder aus «Phänomen Stress»**

Vesters Buch, Phänomen Stress, wurde zu einem Bestseller. Seit 1976 ist es 18 Mal aufgelegt worden, doch seine Warnung ist bis heute unbeachtet geblieben. Das deutsche Gesundheitssystem ist bankrott, die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosenzahlen steigen. Um die Krankenkassen zu sanieren, muss der gebeutelte Steuerzahler immer tiefer in die Tasche greifen.

## Die Schwachen zahlen die Zeche

Am Härtesten trifft es die Schwächsten in der Gesellschaft: die chronisch Kranken, die Invaliden, die Alten und die Arbeitslosen. Trotz einer linken Regierung müssen Menschen, die über siebzig sind

und nur über eine Grundrente verfügen, lebenserhaltende, aber teure Medikamente privat bezahlen, auch wenn sie sich das nicht leisten können. Wenn sie über Achtzig sind, zahlen ihnen die Krankenkassen keine Operationen, und das obwohl die Versicherten ihr Leben lang brav ihre Beiträge gezahlt haben.

Diese Zustände lassen sich weder auf den «Reformstau» noch auf den «übertriebenen Sozialstaat» zurückführen, sondern auf eine falsche Gesundheitspolitik und auf die unvernünftigen Lebensgewohnheiten der Menschen. Leider ist auch die Schweiz auf bestem Wege, das gleiche Schicksal zu erleiden. Es ist daher höchste Zeit, dass wir die Entstehung, die Konsequenzen, die Behandlung und vor allem die Vermeidung von Stress kennenlernen.

## Was ist eigentlich Stress?

Stress ist die Reaktion des Körpers auf Gefahr. Sobald die Schaltzentrale im Gehirn eine Gefahr registriert, veranlasst das sympathische Nervensystem eine biochemische Kettenreaktion, die mit der Ausschüttung des Antriebshormons Adrenalin beginnt und mit einer totalen Mobilmachung des Körpers endet.

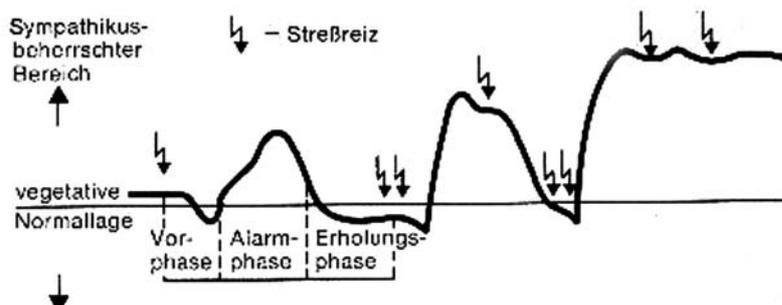
Sinn dieses Vorgangs ist die Vorbereitung des Organismus auf Kampf oder

Flucht. Dazu wird die Immunabwehr herabgesetzt, der Blutdruck hochgefahren, Blutgerinnungshormone in den Kreislauf geschüttet, die Magen- und Darmtätigkeit gebremst und der zelluläre Stoffwechsel auf Hochtouren gebracht. Ist die Gefahr vorbei, übergibt das sympathische Nervensystem die Kontrolle dem parasympathischen Nervensystem. Dieses beendet den Alarmzustand und veranlasst die Rückkehr zu den normalen Körperfunktionen. Der Stress ist also eine automatisch ablaufende Überlebensstrategie und somit eine unverzichtbare Einrichtung der Natur. Warum ist er dann so gefährlich?

Die Frage müsste lauten, wann ist der Stress gefährlich. Er wird nämlich erst zur Bedrohung, wenn er zu lange anhält. Dieser Zustand tritt ein, wenn man sich über längere Zeiträume frustriert, hilflos oder wertlos fühlt, ein unbestimmtes Gefühl der Bedrohung nicht los wird oder wenn man meint, aus einer negativen Situation (Schulden, Krankheit, Arbeitslosigkeit) nicht mehr wegzukommen.

Da eine oftmals unbewusste Angst mit schwingt, reagiert der Körper wie bei einem Angriff. Dabei wird die Kettenreaktion dermassen oft wiederholt, dass das sympathische Nervensystem die Kontrolle nicht mehr abgeben kann. Mangels einer Normalisierung bleibt der Körper in einem Zustand des Daueralarms.

Kein Organismus kann eine herabgesetzte Immunabwehr, einen ständig unter Hochdruck stehenden Kreislauf und eine überbeanspruchte Magen- und Darmtätigkeit auf die Dauer verkraften, denn der normale Stoffwechsel lässt sich nicht mehr aufrecht halten: Der erhöhte Stoffwechsel führt zu einer Zunahme der Abfallprodukte in den Zellen, die Zellen werden vergiftet und sterben ab und die betroffenen Organe können ihre Funktion nicht mehr erfüllen.



Der vegetative Dreitakt der Stressreaktion: Vorphase, Alarmphase, Erholungsphase.

## Die Konsequenzen

Der Zerfall des Körpers durch Dauerstress kann sich auf vielfacher Weise bemerkbar machen: durch einen überhöhten Blutdruck, Schlaganfälle, Diabetes, Krebs, Arthritis und eine Anfälligkeit gegen Viren und Bakterien. Er kann zu Alkohol-, Drogen- und Zigarettensucht und den entsprechenden Krankheiten führen, zu Über- oder Untergewicht oder zu Depressionen. Neueste Forschungen deuten darauf hin, dass auch Gehirn- und Nervenerkrankungen wie die Altersdemenz (Alzheimer) und Multiple Sklerose ihren Ursprung im Dauerstress haben.

Für den einzelnen Menschen wird der anhaltende Stress oftmals zu einer physischen und psychischen Katastrophe. Für die Volkswirtschaft ist die Häufigkeit der stressbedingten Krankheiten eine Belastung, deren Ausmass viel zu wenig bekannt ist: Die Kosten allein aller auf den Arbeitsplatz zurückzuführenden Gesundheitsproblemen in der Schweiz werden auf jährlich 10 bis 12 Milliarden Franken geschätzt. Bezieht man jedoch die Kosten der resultierenden Arbeitsausfälle und der Fehlentscheidungen mit ein, dann betragen die volkswirtschaftlichen Kosten laut Schätzungen des kantonalen Arbeitsamts des Kanton Genf um die 60 Milliarden Franken. Das ist fast ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts.

Als steuerlich Betroffene müssten uns diese Zahlen aufschrecken: Gelänge es, diese Kosten um nur 10 Prozent zu reduzieren, dürften nicht nur alle Erhöhungen von Steuern und Krankenversicherungsprämien hinfällig werden, sondern auch die AHV langfristig gesichert sein.

## Die Situation wird schlimmer, nicht besser

Nachdem sowohl der wirtschaftliche Druck wie die individuelle Einsamkeit

weiterhin zunehmen, überrascht es kaum, dass sich die gesundheitliche Situation von Jahr zu Jahr verschlechtert. Das Bundesamt für Statistik (BFS) berichtet, dass fast die Hälfte der Erwerbstätigen an gesundheitlichen Problemen leidet, vor allem an Kopfschmerzen, Schlafstörungen und psychischen Problemen. 2001 nahmen die krankheitsbedingten Absenzstunden um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Im Statistischen Jahrbuch der Schweiz 2003 weist das BFS darauf hin, dass fast jeder 20. Arbeitstag wegen Krankheit ausfällt, während der Anteil der psychisch bedingten IV-Renten von 1990 bis 2002 von 23 auf 33 Prozent anstieg.

Wie überall, bestimmt das Geld auch über die Gesundheit. Dazu ist im gleichen Jahrbuch folgendes zu lesen: «Weniger gut ausgebildete und in manuellen Berufen tätige Personen sowie Büroangestellte sind im Durchschnitt weniger gesund als solche, die eine höhere Schule absolviert haben und eine verantwortliche Stellung im Beruf einnehmen. So ist die Sterblichkeit von Männern im Baugewerbe rund 50 Prozent höher als diejenige von Akademikern.» Der tödliche Druck mordet langsam. Jede 20. Person, die einer Erwerbsarbeit nachgeht, wird vor dem 65. Lebensjahr zum Invaliden. Die manuellen Berufe trifft es am

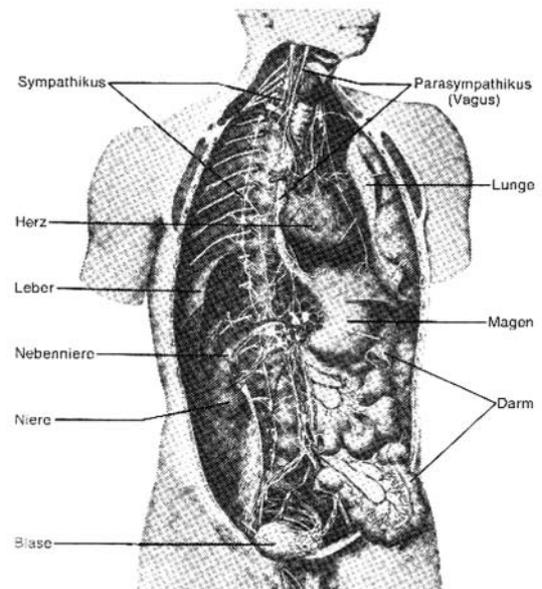
Schlimmsten: Bei den Fabrikangestellten sind es ein Drittel und bei den Bauarbeitern sogar 40 Prozent.

Arbeitgebern müsste es zu denken geben, dass der Dauerstress auch einen äusserst negativen Einfluss auf die Kreativität hat: Da Stress das Ausschütten von Adrenalin bewirkt, steigt auch die Aggression. Das Gehirn schaltet auf Instinkt, das Denken wird ausgeschaltet. Stress erzeugende Vorgesetzte sind daher vor allem kontraproduktiv.

## Die Priorität der Prävention

Der Zuger Gesundheitsdirektion gebührt ein grosses Kompliment, denn Zug ist einer der ersten Kantone, der die Gefahr erkannt und eine entsprechende Initiative lanciert hat. Diese Initiative ist vorbildlich und sollte daher von allen unterstützt werden. Wie sich das in der privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Umgebung machen lässt und welche Rolle die Krankenkassen dabei spielen sollten, wird das BULLETIN in einem weiteren Artikel darlegen. ■

*Quellen: Vester: Frederic: Phänomen Stress. Wo liegt sein Ursprung, warum ist er lebenswichtig, wodurch ist er entartet? Deutscher Taschenbuchverlag, München; 18. Auflage, 2003.*



**Das vegetative Nervensystem und die bei Stress von ihm beeinflussten Organe.**

# Welche Integration, für wen und wofür?

**Ein Plädoyer in 6 Thesen. Sie richten sich an Schweizerinnen und Schweizer sowie privilegierte Migrantinnen und Migranten. Für konstruktive Kritik an Meinungen und Verhalten von weniger privilegierten Migrantinnen und Migranten benutzen wir unsere Projekte sowie häufige und intensive Debatten innerhalb unserer Vereine.**

**Lathan Suntharalingam und Gisela Hürlimann  
Screenshot BULLETIN**

Am vergangenen 10. Dezember, am Internationalen Menschenrechtstag, lud das Integrationsnetz zu seiner 7. Diskussionsplattform. «Migration und Arbeit – Ressourcen, Defizite und Perspektiven» lautete das Thema dieses vom Basler Soziologen Ueli Mäder geleiteten Abends. Im Februar veröffentlichte das Forum für Migrationsstudien eine Studie über die mangelnde Integration vieler Migrantinnen und Migranten am Arbeitsplatz. Bereits im letzten November hatte das Migrationsforum nachgewiesen, dass Diskriminierung am Arbeitsplatz existiert: Sie äussert sich darin, dass Schulabgängerinnen und -abgänger mit fremdländischen Namen trotz gleicher Qualifikation deutlich seltener zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden als solche mit Schweizer Namen. Eine wesentliche Voraussetzung für die bessere Integration von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsplatz und in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist also die Bereitschaft dazu, und zwar auch von Seiten der Einheimischen. Seit 1998, als das geltende Ausländergesetz um den Integrationsartikel erweitert wurde, wurde zentrierweise über Integration geschrieben. Es wurden dafür Millionen von Franken ausgegeben, hunderte von Stellen geschaffen, tausende von Kursplätze

eingerrichtet. Doch sind die Migrantinnen und Migranten im Jahr 2004 wirklich integrierter?

## These 1

Die meisten Migrantinnen und Migranten interessieren sich nicht für Integrationsdiskurse und -kurse. Sie fragen sich vielmehr: Wofür soll ich Deutsch lernen, wenn ich doch keinen anderen Job finde als Bauarbeiter oder in Cham für einen Billiglohn teure Pralines einpacken? Diese Tatsache hält die Verantwortlichen allerdings nicht davon ab, weiterhin am Primat der sprachlichen Integration und des Kurswesens festzuhalten. Es braucht jedoch verschiedene Integrationsinstrumente, die parallel und aufeinander bezogen einzusetzen sind. So sollte ein dem Niveau angepasster Sprachkurs mit einem Verfahren zur Anerkennung der Ausbildung im Herkunftsland gekoppelt sein, mit einem Praktikum im gelernten Beruf oder mit einer gründlichen Abklärung der Weiterbildungsmöglichkeiten in der Schweiz.

## These 2

Integration ist eine anspruchsvolle und qualifizierte Arbeit. Etwas weniger Berufung und etwas mehr Professionalität würde vielen im Bereich der Sozial- und Integrationsarbeit Tätigen gut anstehen. Denn hierzulande existiert ein deutliches Gefälle zwischen der akademischen Migrationsforschung, die mit der internationalen Forschung einigermaßen mithalten kann, und der praktischen Aus- und Weiterbildung im Integrationsbereich. In den USA gibt es fundierte Ausbildungen in interkultureller Kompetenz, in der Schweiz stehen wir noch am Anfang, wobei beispielsweise die Universität Luzern erste Schritte gemacht hat.

## These 3

Integrationsarbeit bedingt Kontextwissen und -verständnis. Wer mit Zugewanderten zu tun hat, sollte mit den sozioökonomischen Verhältnissen und Konflikten ihrer Heimatländer vertraut sein. Er oder sie sollte sich darüber informieren, welche Kriege nicht nur ums Öl, sondern auch ums Coltan für unsere Handies geführt werden, und was an der Schokolade schweizerisch ist (der Kakao und das Palmöl sind es bekanntlich nicht). Dann wird die Sache mit unserem hart erarbeiteten Reichtum, unseren zivilisatorischen Verdiensten und unserer High-Tech-Industrie plötzlich etwas relativer. Und die Frage der Güterdistribution, der Verfügungsmacht über Rohstoffe und Finanzströme und des Marktzuganges für Waren und Personen rückt ins Zentrum. Diese Fragen haben in der Linken eine Tradition. Was oft fehlt, ist eine Verbindung der Wissensbestände über Weltwirtschaft, Neokolonialismus und Migration und ihre praktische Umsetzung im Integrationsalltag in der Schweiz.

## These 4

Integration bedingt Konfliktfähigkeit und die Bereitschaft zur Selbstkritik. Mit dem politischen Gegner über Asyl- und Ausländerpolitik zu streiten, ist nicht das Problem. Denn die Logik unserer Konkordanzdemokratie begünstigt die Trennung von politischer Meinungsverschiedenheit und persönlicher Freundschaft. Im Kontrast zu dieser Souveränität gegenüber dem anderen politischen Lager fällt auch bei manchen progressiven Politikerinnen und Politikern die fehlende Bereitschaft auf, sich mit Kritik aus dem eigenen Lager auseinanderzusetzen, wenn es ums Thema Integrationspolitik geht. Migrantinnen und Migranten, die aus ihrer Rolle als dankbare, stets noch etwas der Entwicklung



Hauptthema in der Tagesschau vom 29. März 2004: Der in den Grossen Stadtrat Luzern gewählte Lathan Suntharalingam.

bedürftende Gäste fallen und stattdessen Widersprüche analysieren, machen sich damit oft auch bei Linken und im «Integrationskuchen» unbeliebt. Statt dass die Gelegenheit zum konstruktiven Dialog genutzt und dass Kritik als erster Schritt zum Gewinn neuer Erkenntnisse wahrgenommen würde. Denn das Ziel ist wohl der Kompromiss, der Weg dahin aber die Kritik, wie man bei Jürgen Habermas nachlesen kann.

#### These 5

Integration bedingt Gleichberechtigung. Migrantinnen und Migranten sind nicht unmündig, aber sie werden oft so behandelt: Einheimische tüfteln Integrationsprogramme aus, Einheimische sprechen im Parlament dafür die Kredite und Einheimische stossen auf die Umsetzung an. Migrantinnen und Migranten werden dann eingeladen, diese Angebote zu nutzen. Sie tun das mehr oder weniger freiwillig. Und tun sie es nicht oder nicht richtig, dann schimpft man über sie exakt so wie Lehrpersonen über ihre Schulkinder. Emanzipatorische Integrationspolitik bedeutet, die Menschen in die Konzipierungsphase einzubeziehen, sie auch als Fachleute

ernst zu nehmen und dazu zu befähigen. Es heisst, auch in der Verwaltung auf Kaderstufe eine zwar gebrochen Deutsch sprechende, aber fachlich bestens qualifizierte Universitätsabgängerin aus Lateinamerika einzustellen, wie dies in internationalen Firmen gemacht wird.

#### These 6

Die zweite Generation zählt. Die erste eingewanderte Generation ist zwar motiviert, in der Schweiz ein besseres Leben zu finden als in ihrer Heimat, und tatsächlich gelingt es ihr in einigen Aspekten. Aber sie opfert viele Ideale für etwas Wohlstand und für eine gute Zukunft ihrer Kinder. Diese Kinder sind es, die wir für unser gemeinsames Gesellschaftsprojekt, für die Schweiz von heute und morgen gewinnen müssen. Sie sind unsere Zukunft und haben jede Förderung verdient. Das geht vom freien Krippenbesuch über gleiche Chancen in der Schule und im Beruf bis zu politischen Rechten. Kinder von Eingewanderten managen Konflikte und kulturelle Vielfalt meisterhaft. Deshalb gehören die Secondos und Secondas in die (Integrations-)Politik, als Initiatoren, auf konzeptioneller, strategischer und auf

Durchführungsebene. Dieser Weg kann dann auch die erste Generation wieder einschliessen.

Eine unreflektierte, oberflächliche und unter dem Ausschluss der Betroffenen konzipierte Integrationspolitik droht zum Selbstzweck zu verkommen. Droht, Migrantinnen und Migranten für die Legitimation von Institutionen und Arbeitsstellen, für parteipolitische Ziele und fürs eigene gute Gewissen zu instrumentalisieren. Doch: «Der Mensch darf niemals Mittel sein, sondern muss immer Zweck in sich und letztes Ziel bleiben.» Immanuel Kant starb vor 200 Jahren, seinen Appell halten wir hingegen nach wie vor für gültig. ■

*Lathan Suntharalingam ist Intensivkrankenpfleger, macht eine Zusatzausbildung zum Sozialarbeiter, engagiert sich im Verein «Katamaran – für die Integration der Tamilisch sprechenden Gemeinschaft in der Schweiz» und wurde am 28. März 2004 mit dem zweitbesten Resultat aller Kandidierenden (9063 Stimmen) in den Grossen Stadtrat Luzern gewählt. Er liest gerne Philosophie. Gisela Hürlimann ist Historikerin, engagiert sich im Verein Integrationsnetz Zug und lebt in Bern.*

# Wachstum um jeden Preis



**Bauboom in Zug – hier das Herti 6 und der Feldhof im Schleifiareal. Eingezont werden können auch die noch freien grünen Flecken entlang der Bahnlinie. Das grüne Naherholungsgebiet Lorzenebene ist bedroht.**

**Wie soll sich unser Lebensraum bis ins Jahr 2020 entwickeln? Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats will, dass unser Kanton ungebremst zubetoniert wird. Ein Rückblick auf Sündenfälle und Kuhhandel im Rahmen der Beratung des Kantonalen Richtplans.**

**Christian Siegwart, Kantonsrat  
Alternative Fraktion, Zug  
Bilder BULLETIN**

Es war vielleicht ein zu ehrgeiziger Einstieg in die Politik: Weil ich mich um den Erhalt unseres Lebensraums sorgte, liess ich mich als frischgebackener Kantonsrat in die Raumplanungskommission (RPK) wählen – und das im Jahr, in dem der neue Richtplan beraten wurde. Zwar war die Verkehrsplanung mit ihren gigantischen Investitionen in den Strassenbau, die bereits zwei Jahre zuvor be-

schlossen worden war, nicht mehr Bestandteil der Diskussion.

## **Aufwendige Kommissionsarbeit**

Dennoch bedingte die Kommissionsarbeit das Studium von Aktenbergen und eine Vielzahl von Sitzungen, die für mich als links-grüner Politiker oft frustrierend verliefen. Der ganze Aufwand war neben den ordentlichen Ratsdebatten, meinem Beruf und den familiären Verpflichtungen beträchtlich.

Im Vergleich zu früheren Jahren durften die Alternativen in der RPK neben 13 bürgerlichen Vertretern nur noch eine Person stellen. Der zweite Linke im 15er-Gremium, SP-Kantonsrat Dolfi Müller, war öfters abwesend und fühlte sich seinem Job als Zuger Stadtrat und damit dem Kompromiss bisweilen mehr verpflichtet als seiner linken Herkunft. In wichtigen Fragen – so etwa beim neuen Golfplatz oberhalb von Baar – war ich

folglich auf mich allein gestellt. Mit etwas Verspätung zog Müller die Konsequenz und trat nach Abschluss der Debatte aus dem Kantonsrat zurück.

## **Ungebremster Boom**

Zug ist seit Jahren Boomkanton. Bevölkerungswachstum und Verkehrswachstum liegen in unserem engen Lebensraum weit über dem landesweiten Durchschnitt. Im neuen Richtplan wird wenig dafür getan, diese Entwicklung mit all ihren negativen Folgen zu bremsen. Sicher, es wurden ökologisch wertvolle Ziele festgelegt. So wurden Landschaftsschongebiete bestimmt, Wildtierkorridore und Siedlungsbegrenzungslinien festgelegt. Diese hehren Absichten wurden von der RPK auch mehrheitlich übernommen.

Doch da, wo es ums Fleisch am Knochen geht, wehte in der Kommission ein eisig neoliberaler Wind. Im Zweifelsfall wurden zusätzliche Siedlungsweite-

rungen ermöglicht, wurden Einschränkungen verwässert und ganze Abschnitte mit ökologischen Anliegen gestrichen. Meine zaghaften Versuche, die an sich schon wachstums-euphorischen Vorgaben der Regierung da und dort abzuschwächen, waren unter diesen Vorzeichen aussichtslos.

### Gemeinde- statt Kantonsvertreter

Leichter als ökologische Anliegen hatten es in der RPK gemeindliche Wünsche. Sie wurden mit Hinweis auf die Gemeindeautonomie flugs übernommen. Meiner Ansicht nach hat sich die Kommission damit feige aus der Verantwortung gestohlen. Denn wenn ohnehin stets auf die gemeindlichen Ansprüche abgestellt wird, bräuchten wir an sich gar keine kantonale Planung und könnten dem Wildwuchs freien Lauf lassen. Wohin dies führt, zeigt das ungestüme Ausfransen unserer Siedlungsgebiete in den letzten Jahren.

Vermutlich war der Ruf nach mehr Gemeindekompetenz aber ohnehin nur ein Feigenblatt, um mehr Wachstum durchzuboxen. Beim Golfplatz zum Beispiel lautete die mehr als fadenscheinige Begründung, man wolle die Baarer Stimmberechtigten entscheiden lassen. In unserem kleinräumigen, dicht besiedelten Kanton ist es in meinen Augen aber legitim, wenn auch Zuger, Chamer oder Neuheimer über diese erhebliche Beeinträchtigung einer bislang relativ unberührten Landschaft entscheiden. Eine Hoffnung bleibt im Hinblick auf die sich abzeichnende gemeindliche Volksabstimmung: Im Vergleich mit der Durchschnittsbevölkerung sind in der RPK nicht nur die Baulobbyisten, sondern auch die Golfspieler deutlich übervertreten.

### 127 000 Einwohner?

Ein einziges Mal stimmte die Kommission gegen ein gemeindliches Anliegen.

Dem speziellen «Groove» der RPK gehorchend, brachte diese Ausnahme nicht etwa eine raumplanerische Einschränkung, sondern die Aufblähung der Bevölkerungsvorgaben von 25 000 auf 27 000 Einwohner gegen den Willen des Zuger Stadtrats.

Die Bevölkerungszahl war schliesslich auch im Parlament eine der am häufigsten diskutierten Fragen. Im Namen der Alternativen Fraktion warb ich vergebens dafür, dass wir uns bis ins Jahr 2020 mit einer Bevölkerungszahl von 115 000 begnügen sollten. Dies würde einem jährlichen Wachstum von 0,7 Prozent entsprechen – dem landesweiten Durchschnitt. Doch die Zuger Bürgerlichen und in ihrem Schlepptau die Sozialdemokraten wollen hoch und höher hinaus. Sie gaben dem Werben der Stadtzuger Bürgerlichen nach, erhöhten die Richtzahl für die Stadt Zug auf 27 000 und damit für den gesamten Kanton auf 127 000. Im Klartext: Der Kanton Zug soll also in absoluten Zahlen noch schneller wachsen als in den Boomjahren 1980 bis 2000!

### Einzelinteressen

Es ist ja kein Geheimnis, dass beim Thema Siedlungserweiterung handfeste wirtschaftliche Interessen mit im Spiel sind. Wessen Land von der Weide zur Baugrube wird, der zieht das goldene Los. Gerade in der Gimenen (zwischen Zug und Oberwil) machten bürgerliche RPK-Vertreter aus der Stadt Zug massiv Druck für Siedlungserweiterung – natürlich, so beteuerten sie, im Interesse der Sache, und nicht etwa im Namen einzelner Landbesitzer, namentlich von FDP-Gemeinderat Ueli Straub. Dabei hat das Volk im Rahmen der Grünflächeninitiative zu einer Einzonung an dieser Stelle überaus deutlich Nein gesagt. Ein weiterer Coup war, wie ein umtriebiger Parlamentarier und Baulobbyist in der RPK eine mögliche Siedlungs-

erweiterung beim Fuchsloch in Oberwil wortgewaltig durchbrachte – obwohl das Gebiet Teil einer Gewässerschutzzone ist. Auch ihm ging es, so versicherte er, nicht etwa um mögliche Bauaufträge, sondern einzig allein um raumplanerische Aspekte. Glücklicherweise sah das Ratsplenum dies etwas anders und kippte den Entscheid.

### Kuhhandel und weiche Linien

Absoluter Tiefpunkt der entscheidungsschwachen «Planung» in der RPK war der Buonaser Kuhhandel, der dem Besitzer des «Wilder Mann» den Abbruch des Restaurants und den Bau von Landhäusern, der Gemeinde im Gegenzug Parkplätze für die nahe Badi ermöglichen sollte. Immerhin zeigte sich in dieser Frage, dass die RPK bisweilen doch recht abgehoben entschieden hat. Der «Kuhhandel», der in der RPK mit 9:2 Stimmen noch breit abgestützt schien, stiess vor der Beratung im Parlament offenbar auch den bürgerlichen Fraktionen sauer auf. Um im Kantonsrat nicht kläglich zu scheitern, zog RPK-Präsident Louis Suter den Antrag kleinlaut zurück. Der für meine Ohren mehr als zynische Kommentar eines RPK-Mitglieds: Durch das Einlenken in Buonas habe die Kommission einmal mehr ihre Kreativität bewiesen. Ein anderes Beispiel für diese recht eigenwillige «Kreativität»: Dank der Schaffung von «weichen» Siedlungsbegrenzungslinien erhalten die Gemeinden vielerorts einen zusätzlichen Spielraum. Sie können bis zu 50 Meter über die vom Kanton festgeschriebene Grenzlinie hinaus Land einzonen. Das potentielle Siedlungsgebiet wurde dadurch beträchtlich vergrössert, ohne dass dies durch Aus- oder Rückzonungen kompensiert worden wäre.

Zwei aus raumplanerischer Sicht nicht minder fragwürdige Kuhhändler führten auf Drängen der Gemeinde Baar leider zum Ziel: Im ersten Fall, beim

## Kantonaler Richtplan

Neuhof nördlich der ehemaligen SBB-Schleife, soll eine mögliche Einzonung quasi als Schmiermittel für einen beschleunigten Bau der Nordzufahrt eingesetzt werden. Der Bauer und Landbesitzer weigerte sich nämlich bislang, dem Kanton das Land für die Strasse freiwillig abzutreten. Im zweiten Fall soll ein Bauer für weit zurückliegende Landabtretungen für den Strassenbau mit möglichem Bauland belohnt werden. Zu diesem Zweck soll die Siedlungsgrenze bei der Kreuzung Neufeld nach Westen hin in Richtung Lorze aufgeweicht werden. Die Siedlungsbegrenzung erhält dadurch an dieser Stelle eine Warzenähnliche Ausbuchtung. Für mich war schlichtweg unverständlich, dass dieser raumplanerische Salto mortale auch im Parlament, das in einigen Punkten doch etwas mehr Bodenhaftung bewies, eine Mehrheit fand – wenn auch nur mit Stichentscheid des Präsidenten.

### Grüne Lorzenebene in Gefahr

Die beiden Baarer Sündenfälle sind deshalb besonders tragisch, weil sie die jahrelange gemeinde-übergreifende Planung und den breiten Konsens, den Baar, Cham, Zug und Steinhausen mit

der Studie für die Lorzenebene erreichten, auf einen Schlag zunichte machten. Die «grüne Lunge» wird weiter angeknabbert, das Projekt Stadtallmend beim Neuhof begraben, noch bevor es inhaltlich klar definiert war. Das nährt leider meinen Verdacht, dass solche Studien oft nur der Selbstbefriedigung dienen. Denn spätestens dann, wenn ein Politiker abtritt, sind seine Beteuerungen, Versprechen oder Visionen nichts mehr wert.

### Moränenschutz bald aufgehoben?

Diese These wird gestützt durch die Debatte zum Thema Kiesabbau. 1998, im Abstimmungskampf für eine Erweiterung der Kiesabbaugebiete in Neuheim und Menzingen, hatte der damalige CVP-Bauchef Paul Twerenbold beteuert, dass der Kiesabbau längerfristig ins Tal verlagert werde. Diesem Versprechen (und damit auch dem Willen der Moränenschutzinitiative) wollte die heutige Regierung nachkommen, indem sie eine entsprechende Formulierung in die Richtplanung setzte. Doch Kommission und auch Parlament scherten sich um Volkswillen und Versprechen: Sie strichen den Passus flugs aus der Richtplan.

Wir dürfen also gespannt sein, wann die Moränenschutzinitiative durch die nächste Ausnahmeregelung weiter ausgehöhlt werden soll. ■

### Volksentscheid nur auf Gemeindeebene

Seit 1969 gebietet das Raumplanungsgesetz den haushälterischen Umgang mit dem Boden in der Schweiz. Die Umsetzung delegiert der Bund an die Kantone. Der Kanton Zug hat auf dieser Grundlage Ende im Januar 2004 seinen neuen Richtplan abgeschlossen, der die raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden für die kommenden 20 Jahre regelt. Insbesondere wird im Richtplan auch festgelegt, wo in den nächsten Jahren neue Siedlungsgebiete entstehen können.

Vorausgegangen waren die Erarbeitung eines Raumordnungskonzepts und eine breite Vernehmlassung, die zahlreiche – naturgemäss recht widersprüchliche – Stellungnahmen von Parteien, Verbänden und Privatpersonen auslöste. Anders als beim bisher gültigen Richtplan aus dem Jahr 1987 waren diesmal die Gemeinden aktiv beteiligt. Die Gemeinden sind es auch, welche die Ergebnisse der kantonalen Richtplanung nun in ihren Nutzungsplanungen berücksichtigen müssen. Während die Richtplanung nur vom Kantonsrat abgesegnet werden musste, kann im Rahmen der gemeindlichen Zonenplanung das Volk mitentscheiden. In der Stadt Zug liegt die Kompetenz beim Grossen Gemeinderat. Zum Urnengang kommt es hier nur, wenn das Referendum ergriffen wird.

Der nun gültige Richtplan kann auf dem Internet unter [www.zug.ch/raumplanung](http://www.zug.ch/raumplanung), Rubrik Publikationen eingesehen und heruntergeladen werden.



Weitgehend zur Einzonung freigegeben – Gebiet Göbli/Lüssi.

# Erfolg für das Velo

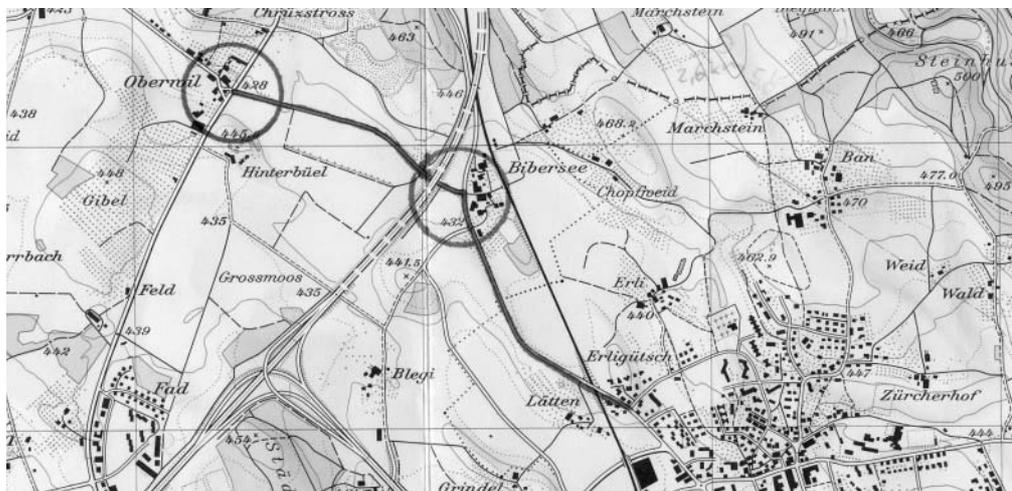
Kantonsrätin Rosemarie Fährdrich Burger von der Frischen Brise Steinhausen gelangte Ende 2002 mit einer Motion an die Regierung. Ihr Vorstoss betraf die künftige Fahrradführung im Gebiet Bibersee – Oberwil, Gemeinde Cham und enthielt drei Forderungen. Im vergangenen Januar hat der Kantonsrat die Motion in allen drei Teilen erheblich erklärt.

**Rosemarie Fährdrich Burger, Kantonsrätin Alternative Fraktion, Steinhausen**

Im Jahr 2000 erkundigte sich Kantonsrat Ulmann mittels einer Interpellation bei der Regierung nach der Unfallsituation auf der Kreuzung Oberwil, Cham. Die damalige Antwort zeigte auf, dass innerhalb von sechs Jahren 21 Unfälle passiert waren, zwei Drittel durch Nichtgewähren des signalisierten Vortritts. In 6 Unfällen waren Velos verwickelt. Bei den Unfällen, bei denen Fahrräder beteiligt waren, gab es Verletzte, zweimal gar Tote.

## Motion für neuen Veloweg

In der Zwischenzeit wurde im Kantonsrat der Teilrichtplan Verkehr verabschiedet. Es ist geplant innerhalb der ersten Etappe die bestehende Knonauerstrasse von Steinhausen nach Bibersee als Autostrasse aufzuheben zu Gunsten eines Veloweges. Anstelle der Strasse soll die bereits heute stark befahrene ‚Betonpiste‘ vom Kreisel Hinterberg nach Bibersee saniert und ausgebaut werden. Die künftig neue Strassenführung bewog mich, eine Motion zur künftigen Gestaltung der Strassensituation aus Sicht der Velofahrenden zu machen. Dabei spielten das Wissen um die Gefährlichkeit der Kreuzung Oberwil und das ebenso gefährliche Queren der Strasse in Bibersee eine wesentliche Rolle.



Die Forderungen der Motion waren, die beiden Strassenkreuzungen in Bibersee und Oberwil für die Velos sicher zu gestalten, so wie die Verbindungsstrecke zwischen Bibersee und Oberwil als Veloweg zu kennzeichnen.

Die Regierung beantragte in ihrer Motionsbeantwortung lediglich die Kreuzung Bibersee im Zusammenhang mit der künftigen Neugestaltung zu verwirklichen. Zur Kreuzung in Oberwil schrieb sie in ihrer Antwort: «Die Kreuzung ist unfallträchtig, das hat die Interpellation Ulmann eindrücklich in Erinnerung gerufen.» Aber die Regierung signalisierte, dass sie ausser der kürzlich installierten automatischen Geschwindigkeitsüberwachung keine weiteren baulichen Veränderungen an der Kreuzung Oberwil vornehmen will.

## Erfolg im Kantonsrat

In der Kantonsratsdebatte zeigte ich auf, dass aus Sicht von Velofahrenden die bestehende Lösung zu wenig weit geht. Dass jederzeit mit Autos gerechnet werden muss, deren Fahrerinnen oder Fahrer trotz Radarfalle gedankenverloren zu schnell fahren, über keine Kenntnis der örtlichen Begebenheiten verfügen oder schlicht rasen. Ich machte zudem darauf aufmerksam, dass die Kreuzung Oberwil ins sehr beliebte Naherholungsgebiet Niederwil, Frauental, Reusspitz führt. Velofahrende aus dem Raum Baar, Zug, Steinhausen kommen kaum darum herum, dabei die Kreuzung

**Die neue Radstrecke mit den zu sanierenden Kreuzungen zwischen Steinhausen–Bibersee–Oberwil (Ausschnitt aus der Landeskarte 1:25 000).**

Oberwil zu befahren. Ich zeigte auf, dass es keine Cadillac-Lösung braucht. Es genüge eine einfache Unterführung.

Des Weiteren legte ich dar, dass in Bezug auf die Finanzierung von Radwegen im Strassenbauprogramm 1998 – 2003 12 Millionen Franken zur Verfügung standen. Von diesem Kredit wurden in diesen sechs Jahren lediglich 7,9 Millionen Franken beansprucht. Es wurden also 4,1 Millionen budgetierte Franken nicht verplant. Das aktuelle Strassenbauprogramm sieht einen Betrag von 2,4 Millionen Franken vor für Anlagen für die regionalen Buslinien und für Radstrecken.

In der Debatte unterstützten vier Kolleginnen und Kollegen mit teils unterschiedlichen Motiven meine Motionsanliegen. Die CVP-Fraktion unterstützte meinen Antrag grossmehrheitlich. Gegen die Motion votierte die FDP-Seite, allerdings nicht von der gesamten Fraktion unterstützt, die SVP stimmte Nein. Im Verhältnis von 3 zu 2 wurden dann alle drei Anliegen der Motion erheblich erklärt. Es ist somit zu hoffen, dass die Kreuzung Oberwil und die Strasse in Bibersee durch Velos in Bälde sicher gekreuzt werden können. ■

# Waffen, Armee und Wakeboards

**Die Einführung eines Waffenregisters, die Suche der Armee nach neuen Aufgaben im zivilen Sicherheitsbereich sowie verschiedene Massnahmen im Zusammenhang mit den Zuger Gewässern haben Hanspeter Uster in den letzten Wochen beschäftigt.**

**Hanspeter Uster, Regierungsrat  
Alternative, Baar  
Bild Adelina Odermatt**

Der Regierungsrat hat sich klar und deutlich für die Einführung eines Waffenregisters ausgesprochen. Diese Registrierung hat nicht nur Vorteile für die Ermittlung von Straftaten, sondern auch eine präventive Wirkung. Niemand hinterfragt die Registrierung aller Autos. Bei Waffen hingegen, die ein noch wesentlich höheres Gefährdungspotential haben, wird ein Register zur Glaubensfrage. Ich bin zuversichtlich, dass in der Sicherheitskommission des Nationalrats Josef Lang sein Gewicht und all die guten Argumente einbringen kann, damit das Waffengesetz nicht wieder verwässert wird.

## **Armee auf Aufgabensuche**

Die Armee sucht sich mit der Erfüllung von zivilen Aufgaben ein neues Legitimationsfeld: Innere Sicherheit soll, nach dem Willen des Bundesrats und der Armeeführung, zu einer Kernaufgabe der Armee XXI werden. Leider gelang es den Kantonen noch nicht, den vermehrten Einsatz der Armee für zivile Aufgaben (Botschaftsbewachung, Personen-

schutz, Konferenzschutz) zu verhindern. Mit einer knappen Mehrheit war die Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz am 20. Februar 2004 bereit, der Armee Aufgaben in diesen Bereichen zu überlassen. Mein Antrag, dass die Kantone nicht mitmachen und auch bei der Armee die Vollkosten berücksichtigt werden müssen, wenn ihr «Angebot» mit dem der Kantone verglichen wird, scheiterte relativ knapp. Das Unbehagen der Kantone über die neue Rolle der Armee ist aber unvermindert gross. Unser alternativer Nationalrat hat eine entsprechende Interpellation eingereicht und will Auskunft über verschiedene Fragen des Einsatzes der Armee im Innern.

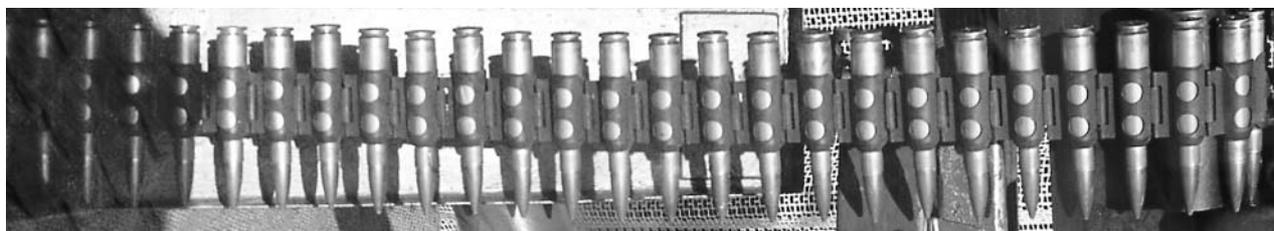
## **See als Erholungsraum**

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat eine Motion von Toni Kleimann, der die Einführung einer Schiffssteuer verlangt hat, erheblich zu erklären. Damit soll auch bei den Motorbooten das Verursacherprinzip gelten und die Rechtsgleichheit im Vergleich mit anderen Motorfahrzeugen greifen. Eine Schiffssteuer ist auch Lenkungsinstrument gegen die Gewässerverschmutzung und ein Kampf gegen die Luftverschmutzung: «Wasser und Luft sind ideelle Werte. Wer diese Werte beeinträchtigt, soll dafür zu Gunsten der Allgemeinheit ein Entgelt entrichten», so der Regierungsrat in seiner Motionsbeantwortung. Für besonders leistungsstarke Motorboote soll zudem eine starke Steuerprogression reifen.

Bei der Beantwortung einer Interpellation, die mehr Kontrollen auf dem Zugersee verlangte, mussten wir darauf

hinweisen, dass die Kantonspolizei über personell begrenzte Mittel verfügt und Prioritäten setzen muss. Der Regierungsrat will aber Geschwindigkeitslimiten auf dem Zugersee prüfen, auch wenn Geschwindigkeitsmessungen technisch nur unter sehr aufwändigen Voraussetzungen möglich sind. Den Interpellanten Josef Zeberg, selber Fischer, stören aber vor allem die Wakeboarder, die zur Ausübung ihres Sportes auf schwere Boote mit starkem Wellengang angewiesen sind. Der Regierungsrat beabsichtigt, für den Wakeboard-Verkehr zeitliche und räumliche Beschränkungen einzuführen und will zudem prüfen, ob nicht ein generelles Verbot dieses störenden Sports erlassen werden soll.

Als zuständiger Sicherheitsdirektor werde ich die betroffenen Kreise (Fischer, Ruderclubs, Wakeboarder u.a.) bei einem Hearing anhören, sobald der Kantonsrat die Interpellation, voraussichtlich Ende April 2004, behandelt haben wird. Bei einem dritten Vorstoss im Zusammenhang mit dem See geht es um den Seerettungsdienst, der nach Auffassung der Regierung – entgegen einer Motion von Peter Rust – bei den Gemeinden bleiben soll. Dort ist er am richtigen Ort angegliedert, und es kann nicht jede Aufgabe, die vielleicht im Vollzug ein bisschen anspruchsvoll ist und Kostenfolgen nach sich zieht, von überzeugten Anhängern der Gemeindeautonomie dem Kanton übertragen werden, mit Kostenfolgen notabene für den Kanton. Das verträgt sich schlecht mit der von gleicher Seite immer wieder hörbaren Aufforderung, die Regierung müsse nun endlich sparen. ■



# Der Mythos vom Volk der Mieter

**Der Gegenvorschlag des Bundesrates zur Mietinitiative ist zwar abgelehnt, doch die Wohnungsknappheit besteht weiterhin. Der Artikel aus Wohnen + Mieten (Nr. 5/03) behält seine Gültigkeit über den Abstimmungserfolg vom 8. Februar hinaus.**

**Niklaus Scherr, Geschäftsleiter Mieterverein Zürich  
Bild Adelina Odermatt**

Mit schöner Regelmässigkeit jammern Linke nach verlorenen Mieter-Abstimmungen über das blöde Volk der Mieterinnen und Mieter, die gegen ihre eigenen Interessen stimmen. Ausgangspunkt ist die statistische Tatsache, dass gemäss Volkszählung 1990 rund 69 Prozent der Schweizer Haushalte zur Miete wohnen (im Kanton Zürich sind es 80 Prozent, in der Stadt Zürich gar 94 Prozent. Siehe auch Kasten).

Vergessen gehen in dieser Milchbüchlirechnung zunächst die nicht stimmberechtigte ausländische Bevölkerung. Berücksichtigt man nur die CH-Haushalte, sinkt der Mieteranteil auf 64%. Zudem betrifft diese Prozentzahl

den Anteil der Haushalte, nicht der darin lebenden Leute. In einem Eigentümer-Haushalt leben durchschnittlich 2,8 Personen, in einem Miethaushalt dagegen bloss 2,0. Berücksichtigt man diesen Faktor, kommen wir bei den Schweizer Miethaushalten noch auf einen Bewohneranteil von 57 Prozent. Dazu kommt, dass von den Haushalten, die zur Miete wohnen, schätzungsweise 5 bis 10 Prozent über Grundeigentum verfügen (Zweit- und Ferienwohnungen, geerbte Elternwohnung etc.), also zugleich Mieter und Eigentümer sind.

Noch nicht berücksichtigt sind eine Reihe weiterer Faktoren:

■ Einpersonenhaushalte machen bei den Mietenden mit 39 Prozent einen doppelt so hohen Anteil aus wie bei den Eigentümerinnen und Eigentümern mit 17 Prozent; es ist statistisch erhärtet, dass Einpersonenhaushalte weniger stimmen gehen als Mehrpersonenhaushalte (schwächere gesellschaftliche Einbindung, geringere soziale Kontrolle).

■ Mit steigendem Einkommen nimmt die Zahl der Eigentümerinnen und Eigentümer zu: Manager, Freiberufler und Selbständige verfügen zu 54 bis 59 Prozent über Wohneigentum, Arbeiter und Angestellte dagegen bloss zu 14 bis 22 Prozent; es ist ebenfalls statistisch nachgewiesen, dass die Wahl- und Stimmbeteiligung mit steigendem Einkommen zunimmt.

■ Hausbesitzende weisen generell eine höhere politische Partizipation auf, da sie permanent mit staatlichen Massnahmen und Einschränkungen konfrontiert sind, die ihre Dispositionsfreiheit unmittelbar tangieren (Bodenrecht, Steuerrecht, Mietrecht etc.). Dies schlägt sich in einem massiv höheren Organisationsgrad der Hausbesitzenden nieder (im Kanton Zürich rund 50 Prozent gegenüber 10 Prozent für den Mieterverband).

Unser kleiner Ausflug in die Statistik zeigt, dass es Mieteranliegen aufgrund der sozio-ökonomischen Struktur gar

nicht so einfach haben, wie gemeinhin angenommen wird.

Im übrigen wehre ich mich entschieden gegen den reduktionistischen Ansatz, dass Menschen einzig nach primären ökonomischen Interessen entscheiden. Wer zur Miete wohnt, aber zugleich Hauseigentum besitzt oder anwartschaftlicher Hausbesitzer ist, nimmt oft eine durchaus rationale Güterabwägung vor, ob er als Mieter mehr oder als Hausbesitzer weniger Mieterschutz will und braucht. Und Mieter wie Hauseigentümer stehen zugleich in anderen gesellschaftlichen Spannungsfeldern, sind noch von anderen politischen, sozialen und Milieu-Identitäten geprägt. Es funktioniert also nicht, wenn der MV sagt: Volk der Mieter, mir nach, Marsch! Zum Glück. Die Kunst der Politik besteht auch hier darin, durch kluge Bündnisse Mehrheiten zu finden. Am 8. Februar 2004 ist das gelungen. ■

**Mieteranliegen sind schwer durchzubringen.**



## 4 Millionen in Mietwohnungen

Die detaillierten Zahlen für die Volkszählung 2000 liegen noch nicht vor. Die erste Auswertung zeigt, dass die Zahl der Miethaushalte weiter gesunken ist. Zählte man 1990 noch 68,7% Miethaushalte, waren es 2000 nur noch 65,4%; der Anteil der Bewohner in Miethaushalten sank sowohl absolut wie relativ von 4,16 auf 4,08 Millionen resp. von 62,9% auf 59,7%. Damit nähern wir uns noch mehr einer faktischen Patt-Situation, wie sie oben beschrieben ist.



SGA: Auch in Zukunft links gerichtet.

## Mitgliederumfrage

# «Kompetent, sachlich, gradlinig»

Im Dezember 2003 hat der Vorstand der SGA allen Mitgliedern und Sympathisierenden einen Fragebogen zugesandt. Diese Umfrage soll dem Vorstand helfen, seine tägliche Arbeit und Kommunikation zu überprüfen. Ein Ziel ist es, den Kontakt mit den Mitgliedern und Sympathisantinnen zu verstärken. Mittel- und langfristig wollen wir so natürlich auch die Mitgliederzahl erhöhen. Hier die Auswertung.

**Natalie Chiodi, SGA-Vorstandsmitglied**

Von ungefähr 400 versendeten Fragebögen hat der Vorstand 57 zurückerhalten. Davon sind 24 von SGA-Mitgliedern und 33 von Nicht-Mitgliedern ausgefüllt worden. Um es vorweg zu nehmen: Die Grundzufriedenheit mit der Politik und Kommunikation der SGA ist gross. Auf die Frage nach den wichtigsten politischen Themen sind mit deutlichem Abstand die Verkehrspolitik, die Umweltpolitik und der Bereich Wohnen/Mietpreis genannt worden. In diesen Bereichen soll die SGA noch stärker auftreten als bisher. In allen übrigen Bereichen scheinen die Befragten mit dem Engagement der SGA zufrieden zu sein. Dabei hält die grosse Mehrheit die Gewichtung zwischen international/national/kantonal und lokal für gut – tendenziell wünscht man sich aber mehr Lokalpolitik.

Die Tagespresse, das Bulletin und der Postversand sind die meistgenutzten In-

formationsträger für «SGA Botschaften», aber auch der Newsletter findet Beachtung. Internet und Direktkontakte sind weniger gefragt. Qualität und Quantität der Kommunikation erhalten die Noten gut bis sehr gut. Mehr Infoveranstaltungen werden von ca. einem Drittel der Befragten gewünscht, vor allem bei umstrittenen Vorlagen. Mehr öffentliche Aktionen werden von Einzelnen gewünscht, aber wenn, dann am ehesten als Kundgebungen. Eine sehr hohe Zustimmung erhalten die Medienmitteilungen der SGA sowie unsere politischen Inhalte. Unsere Art des Politisierens wird eindeutig als kompetent, sachlich, gradlinig und als okay eingestuft.

### Mit- und Zusammenarbeit

Der Mitgliederbeitrag ist für die meisten akzeptabel. Jene, die ihn kritisierten, erwähnten die zu hohe Einstiegsschwelle und die Unklarheit, wie der Lohn zu deklarieren sei. Der am häufigsten genannte Grund für eine Nicht-Mitgliedschaft ist, dass man ungebunden bleiben möchte. Trotzdem gibt es viele Sympathisantinnen und Sympathisanten, die der SGA gern für zeitlich befristete Aktionen ihre Dienste zur Verfügung stellen würden. Und noch etwas ist erfreulich: 16 Nicht-Mitglieder würden sofort einen regelmässigen Sympathisanten-Beitrag leisten.

Der Wort «sozialistisch» im Namen wird von fast der Hälfte der Antwortenden kritisiert (ein oft genannter Gegenvorschlag lautet: Soziale Grüne Alternative). 22 Befragte wünschen sich eine

verstärkte Zusammenarbeit mit den anderen Alternativen und 11 sind für den Status quo.

### Überparteiliche Zusammenarbeit

Generell wollen viele der Befragten eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Grünen (33 Nennungen), sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit Umweltgruppen (21), der SP (17), den Gewerkschaften (15) und den Linksalternativen der Schweiz (11).

Die Monatsbar wird von über der Hälfte der Antwortenden besucht. 72 Prozent der SGA-Mitglieder geben an, zumindest hin und wieder an die Monatsbar zu gehen, während es bei den Nicht-Mitgliedern 61 Prozent sind. Als Gründe für das Nicht-Besuchen werden angegeben: Keine Zeit am Donnerstag, man fühlt sich nicht angesprochen oder nicht zugehörig, der Anstoss fehlt.

In der Abschlussfrage haben viele der SGA und deren MandatsträgerInnen für ihre Arbeit gedankt. Der Hoffnung nach verstärktem Aufgreifen der Umweltthemen, und mit dem Hintergrund der besonderen Situation, nach einer «anderen» Wirtschaft im Kanton Zug, wurde Ausdruck gegeben.

Herzlichen Dank für die umfassenden Antworten. Der Vorstand der SGA hat sie aufmerksam gelesen und ausgewertet. Die Politik der SGA wird die Umfrageergebnissen berücksichtigen, der Vorstand und das Präsidium werden allfällige Divergenzen einzelner Positionen analysieren und gegebenenfalls in ihre Arbeit einfließen lassen oder die Kommunikation verbessern. ■

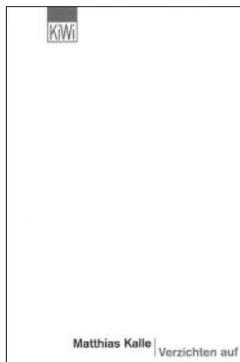
## Buch



### Aus-Lese

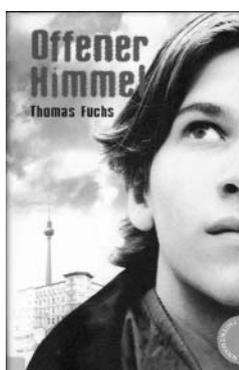
#### Georgette Schmid, Mediathekarin kbz

Wenn schon Ratte, dann Leseratte, denke ich und mache mich ans Stöbern im Bücherstapel. In den Sportferien hatte ich Appetit auf dicke Schmöker, die ich aber der BULLETIN-Leserschaft nicht zumuten will, denn in diesem Kreis wird nicht nur viel gelesen, sondern auch geschrieben - zum Beispiel Leserbriefe...



Gerne vertiefe ich mich in Romane junger Autorinnen und Autoren. Es interessiert mich, wie sie denken und fühlen, wie sie persönliche Erfahrungen mit Fiktion verbinden. **Matthias Kalle**, ein junger Journalist, stellt in «**Verzichten auf**» Fragen an sich selbst und an uns. Worauf haben wir verzichtet, worauf sollen wir verzichten, worauf dürfen wir niemals verzichten? Die Antworten finden sich in seinem Lebenslauf: Jugend in Westdeutschland, die politische Wende und deren Auswirkungen spielen eine wichtige Rolle in der Bewältigung der Arbeitswelt und der Gestaltung des Privatlebens. Zi-

tate namhafter Persönlichkeiten leiten jedes Kapitel ein. Wir erfahren viel über Deutschland in einer entscheidenden Zeitspanne.



Einer anderen Art Flucht begegnen wir im Roman «**Offener Himmel**» von **Thomas Fuchs**. Es geht darin um eine Onkel-Neffen-Beziehung. Mark freut sich auf die Ferien bei seinem coolen Onkel in Berlin. Doch bald beginnt das Idealbild, das er sich von seinem Onkel gemacht hat, zu bröckeln, und er sieht einen auf der ganzen Linie gescheiterten Menschen vor sich, der Hilfe nötig hat. Zusammen erfahren sie (im doppelten Sinn) die Lebensstationen des Onkels, und auf diesen Spuren findet Mark auch seine Zukunft in Form eines konkreten Berufswunsches. Das einfühlsame Buch ist gleichermaßen für Junge und Erwachsene geschrieben. Von Thomas Fuchs, der als Radiojournalist arbeitet, sind ferner «Die Welt ist ein Fahrrad» und «Post aus der Zukunft» erschienen.



Eine Existenz voller Unrast führte auch jener Autor, der früh mit dem Ziel liebäugelte, «eine reizende, kugelförmige Null im späteren Leben» zu sein. Die gelungene szenische Umsetzung des Romans «Jakob von Gunten» im Stadttheater Luzern und ein Walser-Abend in Unterägeri liessen mich zu vertrauten und neuen Texten von **Robert Walser** greifen, so etwa zur vergnüglichen Erzählung «Der Spaziergang» in der Originalausgabe von 1917, mit dem von Roberts Bruder Karl gestalteten Einband. Als besondere Überraschung entpuppte sich jedoch «**Feuer**», eine zum 125. Geburtstag des Dichters (15. April 2003) publizierte Sammlung bisher unbekannter Texte: ein buntes Allerlei aus dem «Prosastückgeschäft», aus Gedichten, szenischen Skizzen und Fragmenten. Er reflektiert darin sein Schriftstellerdasein, seine Armut, das Zeitungslesen, sein scharf beobachtendes Flanieren und Reisen. Er rätselt über Heinrich von Kleists Reise nach Paris und steuert neben neuen Facetten zur Tellsage auch weitere, fein gesponnene Einsichten zu alltäglichen Themen bei.



Das Buch «**Rosa**» von **Heike Geissler** erzählt von einer blutjungen deutschen Mutter und Studentin, die Freund und Säugling verlässt, weil sie sich nach einer postnatalen Depression ausser Stande fühlt, für den Haushalt und das Kind zu sorgen. Innerhalb kurzer Zeit findet sie in Berlin und später in New York Arbeit und Wohnung, hält es aber nicht lange aus und zieht weiter. In der spannenden und genauen Schilderung lassen wir uns auf Rosas unstemem Weg mittreiben, bis sie wieder zu sich selbst und schliesslich zurück zur Familie findet. ■

#### Literaturangaben

- Matthias Kalle: Verzichten auf, KWI
- Heike Geissler: Rosa, DVA
- Thomas Fuchs: Offener Himmel, Thienemann
- Robert Walser: Feuer, Suhrkamp



Timing ist in der Politik alles – vielleicht deshalb hat **Hans Durrer** bis nach dem Frontal-Abgabetermin gewartet, bevor er einen ausführlichen Mailverkehr mit seinem Intimfreund **Marcel Scherer** irrötlich an alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte verschickte. Dumm nur, dass das BULLETIN ab dieser Nummer eine Woche später erscheint. Da hat es auch nichts genützt, dass ausgerechnet die beiden Kantonsräte, die beim BULLETIN mitarbeiten, das Mail nicht bekommen haben, weil das Durrersche Adressbuch veraltet ist. Irgendwie hat das Mail aber den Weg doch noch in die Frontal-Redaktion gefunden.

Wir wissen nun, dass die Volkspartei nicht nur mit dem einfachen Volk einen brutalen Umgang pflegt – von den Scheininvaliden über die Sparpolitik auf dem Buckel der Normal- und Wenigverdienenden bis zu Steuergeschenken für die Reichen – Nein, auch mit seinesgleichen wird bei Bedarf der grosse Hammer ausgepackt.

Der «Ehrenpräsident der SVP der Stadt Zug, Ehrenmitglied der SVP Kanton Zug, Gründungsmitglied mehrere SVP-Ortssektionen und bisheriger Hauptsponsor der SVP Kanton Zug» bereitet einen Schauprozess vor. Originalzitat **Durrer zu Scherer**: «Im übrigen habe ich einige Beweisstücke gesammelt, die Dich eindeutig mehrmals der Lüge überführen.» Mal schauen, wie die «SVP-prestige-neurotics» darauf reagieren.

**Marcel Scherer** empfehlen wir als Hilfsmittel für rauhe

innerparteiliche Zeiten das folgende üppig gepolstertes Herrenunterhosenmodell aus den USA.



Wir verstehen **Durrer**. Herzblut, unzählige Stunden, viele Stumpen und noch viel mehr Geld investiert und wer saht ab? Ein Säulibauer aus der äussersten Ecke des Kantons Zug, der statt auf den Hauptsponsor zu hören sich beim Golfspielen verhängt und den anderen noch Vorschriften machen will, wie sie ihre freien Abende verbringen sollen.

Ist aber alles kein Problem: der ideale Nachfolger für **Marcel Scherer** als SVP-Parteipräsident steht bereit: SVP-Kantonal-Vizepräsident **Manuel Brandenberg** hat sich als einfühlsamer, vermittelnder Geist der breiteren Öffentlichkeit ja kürzlich wärmstens empfohlen.

Der SVP empfohlen hat sich die «**Zuger Presse**»: Dort erschien ausser einer Lobeshymne über die Vermittlungskünste des «grossen alten Mannes der SVP, **Hans Durrer**» nichts über den Kriegszustand innerhalb der

SVP (Stand 2. April 2004), während die Neue Zuger Zeitung recherchierte und kontinuierlich berichtete. Sponsert Durrer statt der SVP jetzt die ZP?

Sponsern tut die **Stadtzuger FDP** kein Hans sondern ein **Ueli**, aber grosspurig herumtrompetet hat an der GV deren Präsident **Rudolf Balsiger**, der angesichts der FDP-Krise «als kleine Zuger Sektion gerne ein unverkennbares Signal nach Bern schicken möchte» und dazu wohl Gratistipps geben, wie mann's richtig macht. Die Linke hofft, dass Bern auf Zug hört, denn der Einbruch der Stadtzuger FDP bei den Wähleranteilen vorletztes Jahr und bei den Nationalratswahlen lässt erahnen, was mit der städtischen FDP passieren würde, wenn heutige Wahlen wären...

Denn nicht auf den Mond, sondern am liebsten auf den Mars schiessen würden wahrscheinlich schon einige **Detaillisten** aus der Zuger Innenstadt diese **FDP**, welche mit ihrer Obstruktionsverkehrspolitik seit Jahren den Minitunnel blockiert und so die Innenstadt im Verkehr ertrinken lässt. Die Stadt möglichst effizient mit Verkehr abfüllen ist seit Jahren die Devise der paar freisinnigen Wortführenden. Wann merken CVP und/oder SVP, dass da eine auch wahlpolitisch interessante Lücke in der selbstgefälligen arroganten FDP-Betonmauer klafft?

Ein Ökomonster anderer Art ist – der PC. Was vor Jahren schon einmal ausführlich im

BULLETIN nachzulesen war, ist von der UN-Universität ([www.unu.edu](http://www.unu.edu)) jetzt offiziell bestätigt: mit einer Ökoeffizienz, die noch schlechter als diejenige des Autos ist, werden die PCs langsam aber sicher zu einem ökologischen Alptraum: für die Herstellung eines normalen PC mit 17-Zoll-Monitor werden 240 kg fossile Brennstoffe, 22 kg zum Teil hochgiftige Chemikalien, und 1500 kg Wasser verbraucht. Das Hauptproblem ist die kurze Lebensdauer – ein Kühlschrank hält mindestens 15 Jahre, viele PCs wandern nach drei oder vier Jahren in den Ökiohof. Also: PCs aufrüsten statt wegwerfen.

Das kümmert Microsoft-Chef **Bill Gates** nicht: er freut sich über seine Prognose, dass der PC-Bestand sich bis 2010 verdoppeln wird und dannzumal eine Milliarde PCs pro Jahr hergestellt werden. Heute sind es 60 Millionen jährlich. Monster cheers monster ...

Ein weiteres potentielles Ökomonster haben die Mobilfunkbetreiber mit ihrem Antennenwald geschaffen. Alleine für die neue Mobilfunktechnik UMTS sind in den letzten beiden Jahren für Milliarden Antennen gebaut worden. Jetzt suchen **Orange, Swisscom und Sunrise** verzweifelt nach einem «Markt» für UMTS. «Die Mobilfunkindustrie muss den Markt, den sie erschliessen will, erst noch erschaffen» meinte kürzlich ein Telekommunikationsexperte am Rande der CEBIT...

Gesundheit! ■

## Veranstaltungen



### Veranstaltungskalender

#### 22. – 24. April: Hände weg von der AHV

Aktionstage zur Abstimmung II. AHV-Revision in allen Zuger Gemeinden. Unbedingt mitmachen! Interessierte melden sich bei: brunobollinger@bluewin.ch

#### MI, 28. April: Podium Steuerpaket

15.00, Aula Kantonsschule, Zug

Pro: Marcel Scherrer, SVP; Andreas Hotz, FDP

Kontra: Jo Lang, Nationalrat Alternative; Martin B. Lehmann, SP

Öffentliche Veranstaltung!

#### MI, 28. April: Podium – 11. AHV-Revision aus der Sicht der Frauen

20.00, Herti-Forum, Zug (Bus Nr. 11 od. 6 bis Stampfi od. Schulhaus Herti)

Pro: Trix Heberlein, Ständerätin FDP Kt. Zürich;

Kontra: Cécile Bühlmann, Nationalrätin der Grünen, Kt. Luzern

#### MI, 28. April: Generalversammlung autofrei wohnen zug

19.30, Stadt- und Kantonsbibliothek, Zug, Dachzimmer.

Öffentliche Veranstaltung mit Präsentation des Baarer autofrei-Projekts.

#### SA, 1. Mai: 1. Mai-Demo und 1. Mai-Fest

15.00, Besammlung auf Landsgemeindeplatz

15.30, Demobeginn

Anschliessend Platzkundgebung mit Fest auf dem Landsgemeindeplatz in Zug

#### DO, 6. Mai: Es findet keine Monatsbar statt

#### FR, 7. Mai: Jahresversammlung SGA und Info-Abend Alternative

Zalt (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug

18.30 – 19.15: Jahresversammlung (für alle SGA Mitglieder und SympathisantInnen)

19.15 – 20.15: Nationalrätin Pia Hollenstein (Grüne St. Gallen) berichtet aktuell von der Sondersession zu Migration, Ausländer- und Asylpolitik. Öffentliche Veranstaltung! ab 20.15: Monatsbar

#### FR, 7. Mai: Monatsbar

20.15, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

#### FR, 14. Mai: Erdöl -- Der Streit um die Reserve-Prognosen 9.00 - 17.00, Technopark Zürich

Anwesend sind VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen. Inhalt der Tagung ist die Endlichkeit der Ressource Erdöl und die Folgen der bedenkenlosen Nutzung.

Infos: [www.energiestiftung.ch](http://www.energiestiftung.ch)

Anmelden:

[info@energiestiftung.ch](mailto:info@energiestiftung.ch)

#### DO, 3. Juni: Monatsbar

18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

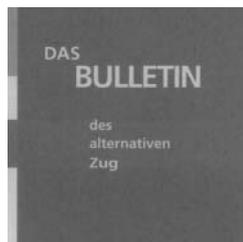
#### MI, 16. Juni: Mitgliederversammlung Forum Oberägeri

20.00, Rest. Ochsen, Oberägeri

#### DO, 1. Juli: Monatsbar

18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

## In eigener Sache



### Neu in der Redaktion

Das BULLETIN-Team wurde anfang Jahr verstärkt. Judith Kellenberger aus Menzingen und Philipp Bischof aus Baar engagieren sich in der Textredaktion. Adelina Odermatt, ebenfalls aus Menzingen, fotografiert bereits seit letztem Jahr für das BULLETIN.



Judith Kellenberger.



Philipp Bischof.



Adelina Odermatt.

## Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 1, April 2004, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: [bulletin@ch.inter.net](mailto:bulletin@ch.inter.net)

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Elisabeth Höfliger, Judith Kellenberger, Michel Mortier, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: DMG Druckerei, Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1250 Ex.

WEMF-beglaubigte Auflage: 1062 Ex.

Abonnements: Fr. 20.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-, Unterstützungsabo: Fr. 50.- Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.- Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 2/2004: Redaktionsschluss, Montag 21. Juni 2004; Erscheinungsdatum, Freitag 2. Juli 2004

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter [www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch)